

E-Paper

No Sapatinho - "Auf leisen Sohlen"

Die Entwicklung der „Milizen“ in Rio de Janeiro: 2008-2011

Die aus dem Portugiesischen übersetzte Zusammenfassung der Studie
"NO SAPATINHO" über die Milizen in Rio de Janeiro

Ignacio Cano
Thais Duarte

September, 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einleitung.....	6
Forschungsziele und Quellen.....	8
Analyse der Anzeigen bei "Disque-Denúncia" und "Disque-Milícia"	9
Zeitungsartikel.....	14
Die Wahrnehmungen von Bürgerinnen und Bürgern, die in Gebieten unter Milizenkontrolle wohnen oder arbeiten.....	17
Methodologische Fragestellungen	17
Die Wahrnehmung der Befragten	19
<i>Rechtfertigungsgründe der Milizen</i>	19
<i>Die Reaktion des Staates</i>	20
<i>Entwicklung der Milizen: Herrschaft und Gewalt</i>	21
<i>Die Reaktion der Bewohner/innen</i>	26
Die Sichtweise der Behörden, die am Vorgehen gegen die Milizen beteiligten sind.....	28
Methodologische Fragestellungen	28
Behörden, die am Vorgehen gegen die Milizen beteiligt sind	29
Besonderheiten von Ermittlungen gegen Milizen.....	32
Die Auswirkungen des staatlichen Vorgehens.....	35
Die Zukunft der Milizen und erforderliche Maßnahmen	36

Amtliche Angaben zu verschwundenen Personen.....	38
Schlussfolgerungen.....	44
Impressum.....	45

Autorinnen/Autoren

Ignacio Cano

Stellvertretender Direktor des Zentrums für Gewaltanalyse (LAV) der staatlichen Universität Rio de Janeiro (UERJ).

Thais Duarte

Forscherin im Postgraduiertenprogramm der Soziologie und Anthropologie am Zentrum für Gewaltanalyse (LAV) der staatlichen Universität Rio de Janeiro (UERJ).

Vorwort

Am 14. Mai 2008 wurden in Batan, einer Favela in der West-Zone von Rio de Janeiro, Journalisten der Tageszeitung "O Dia" von Milizen entführt und schwer misshandelt. Die Medien und die brasilianische Öffentlichkeit reagierten empört. Die Aktivitäten der Milizen, die seit Jahren in den überwiegend peripheren Gebieten Rio de Janeiros Menschen terrorisieren, gerieten plötzlich in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die bis dahin gängige und gerne akzeptierte Begründung und Verteidigung des damaligen Bürgermeisters und anderer Personen des öffentlichen Lebens, dass die Milizen eine Reaktion der vor Ort ansässigen Polizisten seien, um den Drogenhandel zu bekämpfen, verlor an Legitimation.

Aufgrund der ehemals positiven öffentlichen, insbesondere medialen Haltung zu Milizen beauftragte das Brasilien-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung schon 2007, also bereits vor der Misshandlung der Journalisten, den stellvertretenden Direktor des Zentrums für Gewaltanalyse (LAV) an der staatlichen Universität von Rio de Janeiro Ignacio Cano mit einer Studie über das Phänomen der Milizen in Rio de Janeiro. Die Ergebnisse wurden 2008 in der Publikation „Segurança, Tráfico e Milícias no Rio de Janeiro¹“ veröffentlicht, die die Stiftung in Zusammenarbeit mit den Organisationen Justiça Global (www.global.org.br), LAV (<http://www.lav.uerj.br/>) sowie weiteren Autor/innen erarbeitet hatte. Es war die erste Veröffentlichung überhaupt, die sich mit der Existenz der Milizen und ihrer Netzwerke systematisch auseinandersetzte. Sie erlangte in Brasilien große Aufmerksamkeit und bildete die Grundlage für eine von der Heinrich-Böll-Stiftung und ihren Partnern induzierte breite gesellschaftliche Debatte, an der sich u.a. Medien, kommunalen Verwaltungen und Menschenrechtsorganisationen beteiligten. Aufgrund der Bedeutung des Themas entschied sich die Stiftung, die Studie noch im gleichen Jahr auch auf Deutsch herauszugeben².

Als Folge der Ereignisse in Batan und der gesellschaftlichen Diskussionen gerieten die Milizen massiv unter Druck. Das Landesparlament von Rio de Janeiro berief eine parlamentarische Untersuchungskommission ein. Viele ihrer Anführer sowie involvierte Politiker und Polizisten wurden verhaftet. Danach ließ Aufmerksamkeit langsam nach und das Thema verschwand aus dem öffentlichen Interesse.

¹ Download: http://br.boell.org/downloads/Relatorio_Milicias_completo.pdf

² "Vom Regen in die Traufe" 2008, Download: <http://www.boell.de/sites/default/files/Milizenstudie.pdf>

2012 beschloss die Heinrich-Böll-Stiftung – wieder zusammen mit Ignacio Cano – eine Nachfolgestudie zu verfassen. Dabei interessierte uns die Frage, ob die Milizen seit 2008 wirklich verschwunden sind, oder nur geschwächt oder gar in verändertem Auftreten weiteragieren. Sie erschien in Brasilien 2012 unter dem Titel „No Sapatinho“ (dt.: Auf leisen Sohlen). In der Studie wird deutlich, dass die Milizen auch weiterhin aktiv sind und in vielen Gebieten durch massive Gewalt und Erpressung Macht ausüben - inzwischen allerdings im Verborgenen, d.h. „auf leisen Sohlen“. Mit der Nachfolgestudie möchte die Heinrich-Böll-Stiftung die gesellschaftliche Debatte in Brasilien zum Thema wieder anstoßen und darüber hoffentlich die Verantwortlichen in der Politik dazu bewegen, effektive Maßnahmen gegen diese kriminellen Strukturen zu ergreifen, die das Leben vieler Menschen bedrohen und sie ihrer Rechte und ihrer Lebensqualität berauben.

Die Zusammenfassung der Studie wurde ins Deutsche übersetzt. Es ist ein Beitrag dazu, den deutsch-brasilianischen Dialog im Vorfeld der 2014 und 2016 stattfindenden Mega-events auch für Sicherheits- und Menschenrechtsthemen zu sensibilisieren.

Wir bedanken uns bei allen Autor/innen in Brasilien für das aufwändige Zusammentragen von Informationen und sind zuversichtlich, dass daraus Einsichten und Anregungen für die politischen und zivilgesellschaftlichen Diskussionen sowohl in Brasilien als auch in Deutschland gewonnen werden können.

Berlin, September 2013

Ingrid Spiller
Leitung Lateinamerikareferat
Heinrich-Böll-Stiftung

Daniel Backhouse
Lateinamerikareferat
Heinrich-Böll-Stiftung

Einleitung

Das Thema „Milizen“ erlangte im Jahr 2006 in Rio de Janeiro weite Bekanntheit, als sich der Begriff zur Beschreibung von Gruppen bewaffneter Staatsdiener durchsetzte (Polizisten, Feuerwehrleuten, Justizvollzugsbeamten usw.), die Wohnviertel und Favelas kontrollierten und den dortigen Händler/innen und Anwohnern gegen die Zahlung von Abgaben „Schutz“ anboten. In der Folge begannen diese Gruppen dann auch, in diesen Gebieten durch eine monopolartige Kontrolle über einzelne Wirtschaftstätigkeiten Gewinne zu erzielen, zum Beispiel beim Gasverkauf, bei alternativen Beförderungsmöglichkeiten und der illegalen Bereitstellung von Kabelfernsehen.

Als Beitrag zum besseren Verständnis des Phänomens begann die Forschungsgruppe „Gewaltanalyse“ eine von der Heinrich-Böll-Stiftung finanzierte Untersuchung zu den Milizen, die im darauffolgenden Jahr unter dem Titel „Seis por Meia Dúzia?: um Estudo Exploratório do Fenômeno das Chamadas ‘Milícias’ no Rio de Janeiro“ (Cano, 2008)³ veröffentlicht wurde. Für die Untersuchung wurden Zeitungsartikel, Daten der Hotline „Disque-Denúncia“ und insgesamt 46 Befragungen von Personen herangezogen, die in Gebieten unter Milizkontrolle lebten oder arbeiteten, außerdem wurden Befragungen einer Kerngruppe (grupo focal) verwendet. Die Datenerhebung für die Untersuchung endete im März 2008.

Zusammenfassend weist der in dieser Studie entwickelte Milizbegriff fünf zentrale Merkmale auf, die gemeinsam auftreten: a) Kontrolle eines begrenzten Territoriums und der darin lebenden Bevölkerung durch irreguläre, bewaffnete Gruppen; b) ein gewisses Ausmaß an Erpressung der dort lebenden Einwohner/innen; c) individuelles Gewinnstreben als zentrales Element; d) die Befreiung der Bewohner/innen vom Drogenhandel und die Wiederherstellung einer schützenden Ordnung als Rechtfertigungsgründe; e) öffentliche Beteiligung von bewaffneten Staatsbediensteten an Kommandostellen.

Die Rechtfertigungsgründe dienten als wichtiges Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen bewaffneten Gruppen: während sich beispielsweise die Drogenhändler schlicht und ein-

³ CANO, Ignacio (2008) „Seis por Meia Dúzia?: um Estudo Exploratório do Fenômeno das Chamadas ‘Milícias’ no Rio de Janeiro“ in: Justiça Global (Hrsg.) Segurança, Tráfico e Milícias no Rio de Janeiro. Rio de Janeiro: Heinrich Böll Stiftung. S. 48-103. ISBN: 978-85-S49

fach gewaltsam Geltung verschaffen (Machado da Silva, 2004⁴), versuchten die Milizen hingegen, sich als positive Alternative darzustellen.

Mitte 2008, also unmittelbar nach Abschluss der Datenerhebung für die Untersuchung, gelangte das Phänomen „Milizen“ jedoch an einen Wendepunkt. Im Mai 2008 wurde ein Journalistenteam der Zeitung „O Dia“, das verdeckte Recherchen zu den Milizen angestellt und sich als gewöhnliche Bewohner/innen ausgegeben hatte, von Milizionären des Viertels Batan im Westen Rios schwer misshandelt. Dieser Vorfall war nicht nur Gegenstand ausführlicher Berichterstattung in der nationalen und internationalen Presse, sondern markierte auch ein Umschwenken in Bezug auf die Milizen.

Hatten die Medien bis zu diesem Zeitpunkt nur wenig Zweifel am Charakter der Milizen angemeldet, so rechneten sie die Milizen nach diesem Vorfall eindeutig zum organisierten Verbrechen und forderten vom Staat ein entschlosseneres Vorgehen. Unter diesen veränderten Bedingungen setzte die gesetzgebende Versammlung des Bundesstaats Rio de Janeiro im Juni 2008 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (CPI) zu den Milizen ein. Auch die Exekutive und Judikative gingen ihrerseits zu einem systematischeren Vorgehen gegen die Milizen über.

Kurzum, die Forschungsgruppe „Gewaltanalyse“ führte ihre erste Untersuchung zu den Milizen während einer Phase starker Ausbreitung dieser Gruppen in Rio de Janeiro durch. Des Weiteren fand die Veröffentlichung dieser Studie kurz nach dem oben erwähnten Wendepunkt statt, also unmittelbar nach der Misshandlung der Journalisten der Zeitung „O Dia“. Dieser Vorfall führte zu einer scharfen Verurteilung der Milizen durch die Medien und Meinungsbildner und intensivierte das Vorgehen des Strafjustizsystems gegen die Milizen. Es ergab sich daher die Notwendigkeit einer weiteren Untersuchung, um folgende Frage zu beantworten: Inwiefern haben diese Gruppen ihre Vorgehensweise geändert, seitdem sie von vielen sozialen Akteuren verurteilt werden und der Staat bemüht ist, sie zu zerschlagen?

⁴ MACHADO DA SILVA., L.A. (2004) "Sociabilidade violenta: por uma interpretação da criminalidade contemporânea no Brasil urbano" in: RIBEIRO, L. C. (org.) Metrópoles: entre a cooperação e o conflito. São Paulo/Rio de Janeiro: Perseu Abramo/FASE.

Forschungsziele und Quellen

Das Ziel dieser neuerlichen Studie war, die Entwicklung des Phänomens der Milizen im Bundesstaat Rio de Janeiro zwischen 2008 und 2011 zu untersuchen, und zu ermitteln, ob es in ihrer Zusammensetzung und Struktur, territorialen Ausbreitung, ihrer Fähigkeit der Gewinnerzielung, Vorgehensweise, Legitimität und ihrem Verhältnis zu den Bewohner/innen der Stadtviertel zu Veränderungen gekommen ist. Insbesondere galt es zu untersuchen, welche Auswirkungen die staatliche Strafverfolgung auf die Vorgehensweise und Organisation der Milizen in Rio de Janeiro hatten.

Die vorliegende Forschungsarbeit basiert auf folgenden Quellen:

- a) Insgesamt 46 halbstrukturierte Interviews mit Einwohner/innen von Gebieten unter Milizdominanz oder Personen mit direktem Kontakt zu solchen Territorien, beispielsweise Angestellte, die in von Milizen kontrollierten Gebieten arbeiteten. Die Interviews wurden auf der Grundlage eines Fragebogens durchgeführt;
- b) Artikel über die Milizen aus den Zeitungen „O Globo“ und „O Dia“, erschienen zwischen Januar 2006 und April 2011;
- c) Anzeigen, die bei der Hotline „Disque-Denúncia“ eingegangen sind. Diese Organisation stellte uns eine Datenbank mit Anzeigen gegen Milizen zur Verfügung, die bei ihr zwischen Januar 2006 und Juni 2011 eingegangen waren;
- d) Anzeigen, die zwischen Juli und November 2008 bei der Hotline „Disque Milícia“ der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaats Rio de Janeiro (ALERJ) registriert wurden. Diese Hotline wurde vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Milizen eingerichtet, um Anzeigen gegen Milizen entgegenzunehmen.
- e) Insgesamt sechs halbstrukturierte Interviews mit Mitarbeiter/innen staatlicher Behörden, die direkt am Vorgehen gegen die Milizen beteiligt waren, darunter zwei Abgeordnete, zwei Staatsanwälte, ein Richter und ein parlamentarischer Berater.

f) Offizielle Angaben des Instituts für Öffentliche Sicherheit des Bundesstaats Rio de Janeiro (ISP-RJ) zu im Zeitraum von Januar 2006 bis Juni 2011 als verschwunden gemeldeten Personen. Diese Daten wurden lediglich eingeholt, um die in einigen Berichten angedeutete Hypothese zu überprüfen, wonach Milizen die Leichname der in ihrem Einflussgebiet ermordeten Personen verschwinden lassen könnten, um so die amtliche Erfassung von Tötungsdelikten zu verhindern und nicht die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu ziehen.

Analyse der Anzeigen bei "Disque-Denúncia" und "Disque-Milícia"

Die Hotline „Disque-Denúncia“ eignet sich besonders gut als Quelle für Verbrechen mit hoher Dunkelziffer, wie beispielsweise Straftaten, die von Staatsdienern begangen werden. Da die Bürger/innen nicht glauben, dass Polizisten umfassend gegen ihre eigenen Kollegen ermitteln (vgl. Lengruber et al., 2003), und in Anbetracht der großen Furcht, die die Milizen verbreiten, ist es unwahrscheinlich, dass Anzeigen gegen Milizangehörige persönlich in Polizeidienststellen erstattet werden. Aus diesem Grund ist „Disque-Denúncia“ für die vorliegende Studie, speziell für die Erforschung der Entstehung des Phänomens, eine außerordentlich nützliche Quelle.

„Disque-Denúncia“ stellte uns freundlicherweise eine Datenbank zur Verfügung, die die Anzeigen mit Bezug auf Milizaktivitäten im Bundesstaat Rio de Janeiro enthielt, d. h. bei denen vom Mitarbeiter der Hotline das Schlagwort „Miliz“ vermerkt wurde. „Disque-Denúncia“ verfügt über keine eigene Definition für den Begriff „Miliz“ und fasst unter dieser Kategorie offenbar auch solche Fälle, bei denen der Anzeigende das Wort „Miliz“ verwendet. Insofern zeigt diese Quelle auch an, wie geläufig der Begriff in der Bevölkerung mittlerweile ist.

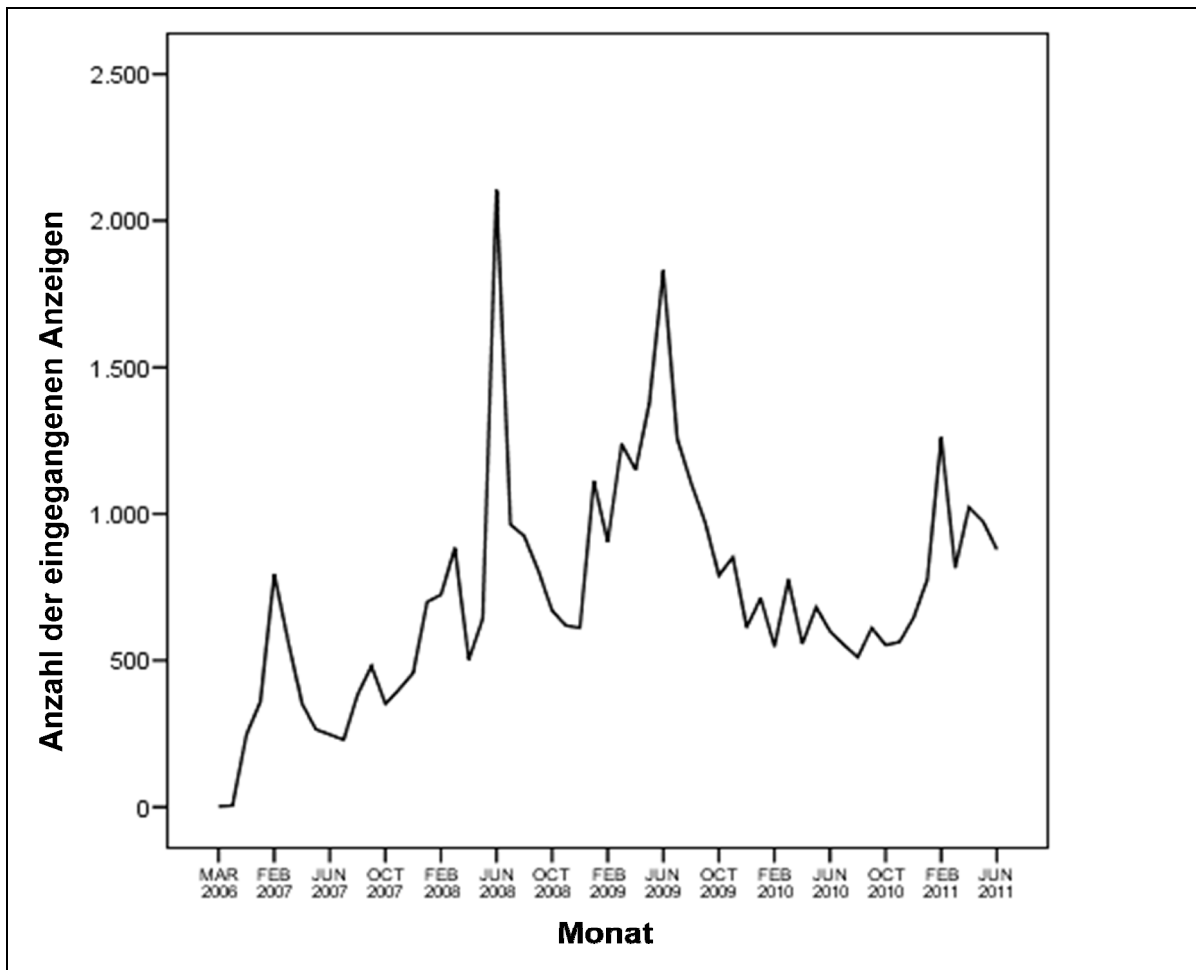
Die Analyseeinheit dieser Datenbank ist die Art der Strafanzeige, d. h. der Straftatbestand⁵. Der Anzeigende kann daher während seines Anrufs einen Vorfall schildern, der gleich mehrere Straftaten umfasst und von denen jede einzelne einen gesonderten Eintrag in der Da-

⁵ Tatsächlich haben nicht alle Anzeigen, die bei der Hotline „Disque-Denúncia“ erstattet wurden, Straftaten im eigentlichen Sinn zum Gegenstand. Einige waren missbräuchliche Anrufe, anderen betrafen Ordnungswidrigkeiten oder Beschwerden, bei denen keine Straftatbestände im Sinne des Strafgesetzbuches erfüllt waren. Die allermeisten Anzeigen beziehen sich aber in der Tat auf Straftaten. Etwas vereinfachend und der besseren Lesbarkeit halber werden wir weiterhin diesen Begriff verwenden.

tenbank erhält. Der von der Datenbank erfasste Zeitraum reicht von Januar 2006 bis Juni 2011.

Wie in der vorangegangenen Studie bereits geschildert wurde, gingen 2006 bei „Disque-Denúncia“ die ersten Strafanzeigen gegen Milizen ein. In den folgenden fünf Jahren nahm „Disque-Denúncia“ insgesamt 41.542 Anzeigen wegen Straftaten mit Bezug zu Milizen im Bundesstaat Rio de Janeiro entgegen. Diese 41.542 angezeigten Straftaten stammen aus 18.304 angezeigten Vorfällen.

Graphik 1: Anzahl der eingegangenen Anzeigen (Straftatbestände) gegen Milizen pro Monat



Quelle: Disque-Denúncia

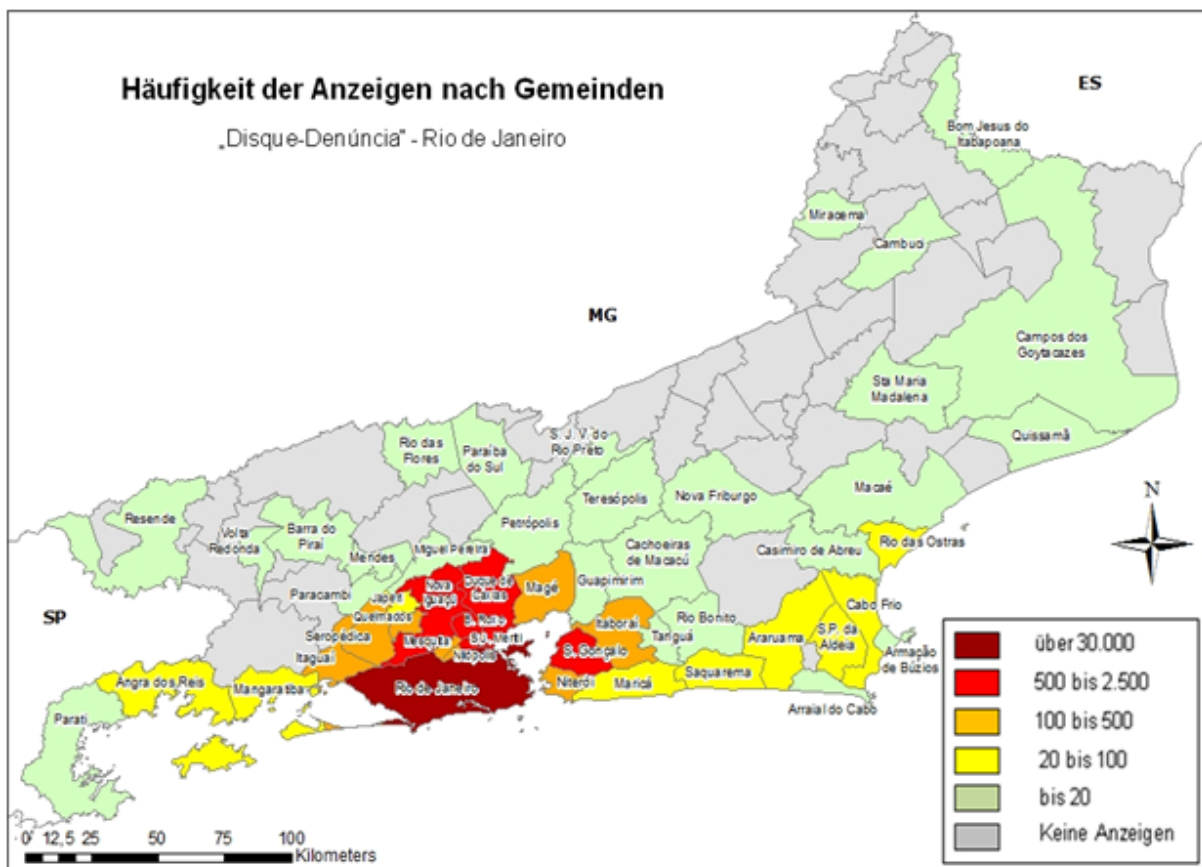
Bei der Untersuchung der Entstehung des Phänomens lassen sich folgende Phasen unterscheiden:

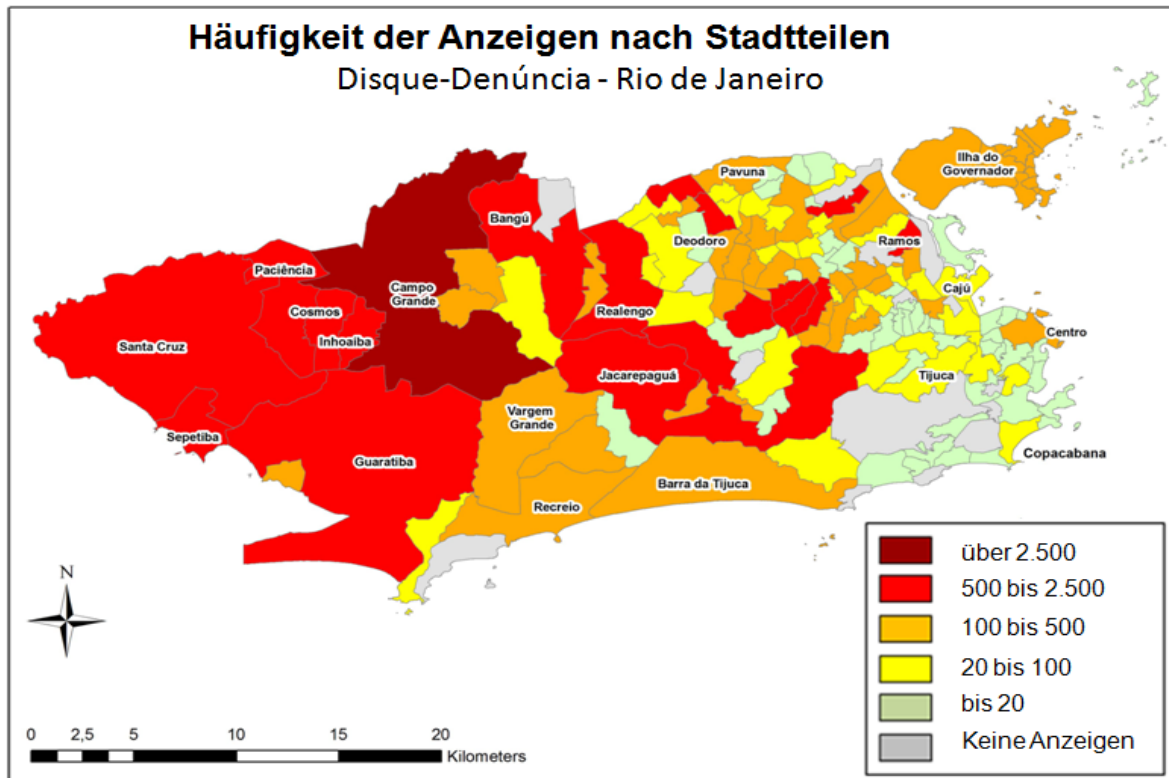
a) schrittweise Zunahme ab 2006 bis zum Spitzenwert im Juni 2008. In diesem Monat nimmt die Zahl der gemeldeten Straftaten dramatisch zu. Dies ist wahrscheinlich auf die allgemeine

Stimmung vor der Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und auf den Umstand zurückzuführen, dass die Hotline „Disque-Milícia“ ihren Betrieb noch nicht aufgenommen hatte; b) Abnahme der Anzeigen im zweiten Halbjahr 2008, teilweise aufgrund der Einrichtung von „Disque-Milícia“, einer weiteren anonymen Hotline für Anzeigen gegen Milizen, die mit „Disque-Denúncia“ „konkurriert“. c) Wiederanstieg der Anzeigen Anfang 2009 bis zu einem weiteren Spitzenwert im Juni desselben Jahres; d) Rückgang im zweiten Halbjahr 2009; e) Phase mit erneuter, jedoch weniger starken Zunahme im ersten Halbjahr 2011.

Obwohl es sich bei den Milizen um ein spezifisches Phänomen der Stadt Rio de Janeiro handelt, zeigt die Verteilung der Anzeigen nach Gemeinden, dass sich die Milizen in den letzten Jahren insbesondere in der Hauptstadtregion ausgebreitet haben, und zwar vorwiegend in der Region Baixada Fluminense. Innerhalb des Gemeindebezirks Rio de Janeiro stammen die meisten Anzeigen aus dem Westteil.

Karte 1: Anzahl der eingegangenen Anzeigen nach Gemeinden, 2006 bis Juni 2011



Karte 2: Anzahl der eingegangenen Anzeigen nach Stadtvierteln, 2006 - Juni 2011

Der deutliche Anstieg der Anzeigen aus dem Westteil steht im Einklang mit dem staatlichen Vorgehen, das sich besonders gegen die sogenannte „Liga da Justiça“ richtete, die ihre Operationsbasis in genau diesem Teil der Stadt hat und als mächtigste Miliz im Bundesstaat galt. Viele ihrer Anführer wurden verhaftet und verurteilt. In den Medien wurde über diese staatlichen Maßnahmen ausführlich berichtet, was die Erstattung von Anzeigen beflügelt haben dürfte. Lag 2006 und 2007 der Anteil der Anzeigen aus Campo Grande noch zwischen 5 und 8 Prozent, so stieg er 2008 auf 13 Prozent und 2009, als viele Milizionäre der „Liga da Justiça“ verhaftet und verurteilt wurden, sogar auf 21 Prozent an. In den Jahren 2010 und 2011 lag ihr Anteil bei 13 bis 15 Prozent. Die Anzeigen der letzten Jahre bestätigen jedoch auch, dass es der Staatsmacht trotz Festnahmen und Verurteilungen bislang nicht gelungen ist, die Machenschaften der Milizen in diesem Stadtviertel vollständig zu unterbinden, was sich auch in den jährlich mehr als 600 Anzeigen widerspiegelt.

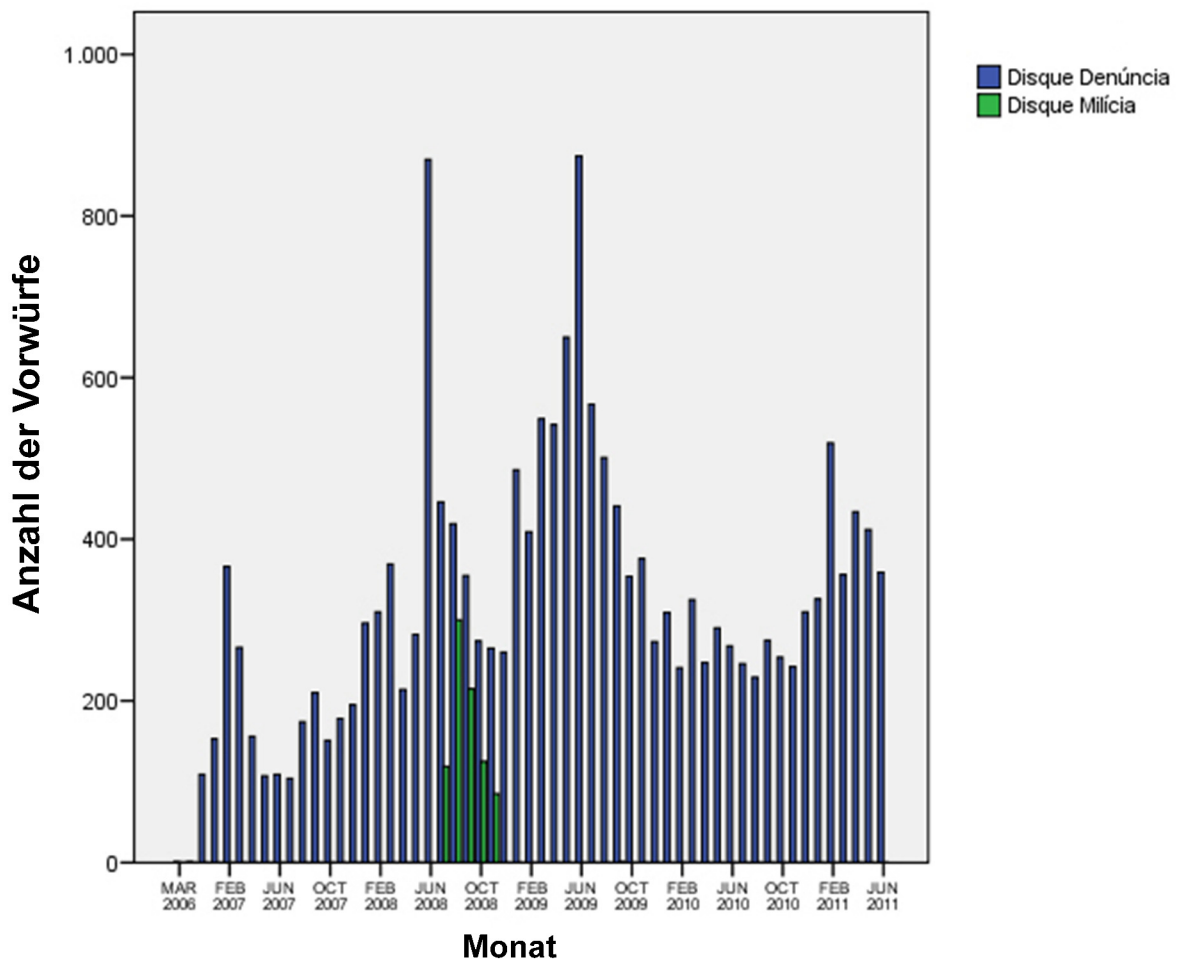
Für den untersuchten Zeitraum springen die über 1.600 Anzeigen gegen Milizen ins Auge, bei denen es um Drogenkriminalität geht. Obwohl sich die Milizen im Allgemeinen als Kreuzritter gegen den Drogenhandel darstellten, bedienten sich einige Milizionäre wohl offenbar dennoch des Drogenhandels als eine ihrer Einkommensquellen.

Ein Fünftel der Anzeigen (über 8000 Anzeigen) wurde wegen Erpressung erstattet, was zusammen mit den 2000 Anzeigen wegen Bedrohung den erpresserischen Charakter der Herrschaft der Milizen über die Bevölkerung bestätigt. Wie zahllose Fälle illegalen Waffenbesitzes belegen, wird dieser erpresserische Zwang mit Waffengewalt ausgeübt. Zum anderen kann man gar nicht vehement genug auf die über 2600 Anzeigen wegen Tötungsdelikten hinweisen, die mit einem Anteil von 6 Prozent auf dem gleichen Niveau wie in der vorangegangenen Studie blieben. Für die Herrschaft der Milizen ist tödliche Gewalt demnach unerlässlich.

Da die Anteile der einzelnen Anzeigenarten stark denen von 2008 ähneln, scheint es bei dem kriminellen modus operandi dieser Gruppen eine Kontinuität zu geben. Geringfügige Veränderungen lassen sich in den letzten Jahren bei den Anzeigen wegen Waffenbesitzes (Anstieg von 12,5 auf 15,2 Prozent) und wegen Drogenhandels (Rückgang von 4,8 auf 3,3 Prozent) festzustellen. Ein interessanter Aspekt ist, dass der Anteil der erstatteten Hinweise zum „Aufenthaltort flüchtiger Personen“ – wahrscheinlich infolge des schärferen staatlichen Vorgehens – von 0,6 Prozent im Jahr 2008 auf 2 Prozent im vergangenen Jahr angestiegen ist.

Eine weitere anonyme Hotline, die der Staat eigens zur Bekämpfung der Milizen einrichtete, war „Disque-Milícia“. Diese Hotline wurde vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Milizen ins Leben gerufen und war zwischen Juli und November 2008 in Betrieb. Für eine kurze Zeitspanne ergänzt diese Datenbank die von „Disque-Denúncia“ bereitgestellten Daten. Tatsächlich führt die Einrichtung von „Disque-Milícia“ bei „Disque-Denúncia“ zu einem Rückgang der Anzeigen gegen Milizen, da beide Einrichtungen denselben Service anboten und einander daher „Konkurrenz machten“. Wahrscheinlich fühlten sich die Menschen besser aufgehoben, wenn sie ihre Anzeige gegenüber einer Behörde erstatteten, die ausschließlich für die Milizproblematik zuständig war. Vielleicht hielten sie den parlamentarischen Untersuchungsausschuss auch für das wirksamere Instrument.

Graphik 2: Anzahl der gegen Milizen angezeigten Vorfälle, nach Quelle und Monat



QUELLE: „Disque-Denúncia“, „Disque-Milícia“

Zeitungsartikel

Eine weitere Möglichkeit, das Phänomen der „Milizen“ zu untersuchen, ist die Analyse von Zeitungsartikeln, die zum Thema veröffentlicht wurden. Zum diesem Zweck führte das Forschungsteam eine elektronische Suche nach Artikeln über Milizen in den beiden auflagenstärksten Zeitungen des Bundesstaats Rio de Janeiro durch: „O Dia“ und „O Globo“. Während sich „O Dia“ an die Mittel- und Oberschicht richtet, findet „O Globo“ ihre Leser eher in unteren sozialen Schichten.

Die Suche wurde an den zeitungseigenen Computersystemen durchgeführt und zielte auf Artikel, die einen der folgenden Begriffe enthielten: „Miliz“, „Milizen“, „Milizionär“ und „Milizionäre“. Der berücksichtigte Zeitraum erstreckte sich von Januar 2005 bis April 2011. Ausge-

hend von den Suchergebnissen legte das Forschungsteam für jeden Artikel die folgenden Variablen fest: Schlagzeile, Autor, Anzahl der Wörter, Datum der Veröffentlichung und Zusammenfassung des Inhalts.

Die Zeitung „O Globo“ veröffentlichte zwischen Januar 2005 und April 2011 860 Artikel, die die Wörter „Miliz“, „Milizen“, „Milizionär“ und „Milizionäre“ erwähnten, während „O Dia“ im selben Zeitraum 839 solcher Artikel herausbrachte.

In 2005 erschienen die ersten Artikel über Milizen. Die vorangehende Studie hob hervor, dass in einem Großteil der vor 2006 veröffentlichten Artikel anstelle des Begriffs „Miliz“ vermutlich die Bezeichnung „Polícia Mineira“ verwendet wurde, da sich der Begriff erst um diese Zeit herum etablierte. Traditionell wurden Gruppen, die in mancherlei Hinsicht dem ähnelten, was später als „Miliz“ geläufig werden sollte, als „Polícia Mineira“ oder „Todesschwadron“ bezeichnet.

Im Jahr 2007 nimmt die Berichterstattung zum Thema deutlich zu und erreicht 2008 und 2009 ihren Höhepunkt. In 2008 scheint „O Globo“ dem Thema mehr Beachtung zu schenken, wobei sich dies im darauffolgenden Jahr umkehrt. In 2010 scheint die Zahl der Artikel zu diesem Thema in beiden Zeitungen signifikant zurückzugehen.

Interessant ist, die Entwicklung der Zeitungsartikel und der anonym bei „Disque-Denúncia“ und „Disque-Milícia“ erstatteten Anzeigen kontrastiv in ihrem wechselseitigen zeitlichen Verlauf zu analysieren. Zwischen beiden besteht nämlich insofern ein potentieller Zusammenhang, als dass sie die Fähigkeit besitzen, sich wechselseitig zu beeinflussen. Schwere Straftaten können zu einem Anstieg der Anzeigen führen und auch als Nachrichten in den Zeitungen vermeldet werden. Andererseits kann die Berichterstattung die Anzeigeerstattung beflügeln, während eine mehrfach angezeigte Straftat die Zeitungen wiederum dazu veranlassen kann, über sie zu berichten.

Um die möglichen Kausalzusammenhänge zwischen Anzeigen und Zeitungsartikeln zu ermitteln, wurden die Korrelationen zwischen jeder dieser Dimensionen berechnet, wobei für eine der beiden Dimensionen der in den Vormonaten gemessene Wert herangezogen wurde. Sollte es beispielsweise zutreffen, dass die Veröffentlichung von Zeitungsartikeln zu einem Anstieg der Anzeigen führt, wäre zu erwarten, dass der Korrelationskoeffizient zwischen den in einem bestimmten Monat eingegangenen Anzeigen und den einen oder zwei Monate zuvor erschienenen Artikeln am höchsten ist. Die höchste Korrelation zwischen zwei Variablen

dürfte also nicht zeitgleich gemessen werden, sondern indem eine der beiden Variable zu einem späteren Zeitpunkt gemessen wird, um der ersten Variable Zeit zu geben, ihre Wirkung auf die zweite zu entfalten. Falls die wichtigste Kausalwirkung der Einfluss der Anzeigen auf die anschließende Herausgabe von Zeitungsartikeln ist, wäre dieser Logik folgend zu erwarten, dass zwischen den in einem bestimmten Monat veröffentlichten Artikel und der einen oder zwei Monate zuvor eingegangenen Anzeigen der höchste Korrelationskoeffizient verzeichnet werden müsste. Und falls sowohl die Anzeigen, als auch die Zeitungsartikel mit der Schwere der vorgefallenen Straftaten korrespondieren, müsste die Korrelation zwischen beiden Variablen im gleichen Monat den höchsten Messwert aufweisen.

Tatsächlich nimmt die Korrelation zwischen der Anzahl der in einem bestimmten Monat erstatteten Anzeigen und der Anzahl der einen, zwei oder drei Monate zuvor veröffentlichten Zeitungsartikel schrittweise ab. Ebenso nimmt auch die Korrelation zwischen Zeitungsartikeln und Anzeigen stetig ab, je weiter die erstatteten Anzeigen in der Vergangenheit zurückliegen, d. h. einen, zwei oder drei Monate vorher. Diese mit der Zeit abnehmende Korrelation legt daher den Schluss nahe, dass die größte Wechselwirkung zwischen Anzeigen und Zeitungsartikeln innerhalb desselben Monats besteht. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Zeitungsartikel und die Anzeigen beide nach einer gemeinsamen Größe variieren: der Schwere der von Milizen begangenen Straftaten. Zusammenfassend scheinen Zeitungsartikel nur in begrenztem Ausmaß einen Anstieg der Anzeigen zu bewirken (andernfalls wäre die Korrelation zwischen den Zeitungsartikeln eines Monats und den Anzeigen der Folgemonate höher). Ebenso wenig scheinen Anzeigen einen Einfluss auf die Zahl der veröffentlichten Zeitungsartikel zu haben (andernfalls müsste zwischen den Anzeigen und den Zeitungsartikeln in den Folgemonaten die höchste Korrelation verzeichnet werden).

Die Wahrnehmungen von Bürgerinnen und Bürgern, die in Gebieten unter Milizenkontrolle wohnen oder arbeiten

Methodologische Fragestellungen

Wie in der vorangehenden Untersuchung bilden Interviews mit Einwohner/innen oder Personen mit engem Kontakt zu Gebieten unter Milizkontrolle den Kern des empirischen Materials, auf dem die Forschungsarbeit basiert. Zwar liefern die Anzeigen und Zeitungsartikel wichtige Hinweise auf die Handlungsweise der Milizionäre; sie lassen sich aber nicht vergleichen mit Zeugenaussagen von Personen, die tagtäglich von dem Phänomen betroffen sind. In der Tat gibt es keine echte Alternative zum Zeugeninterview als Informationsquelle für die Wahrnehmungen der Milizen durch die Bewohner/innen, detaillierte Beschreibungen des Verhaltens der Milizionäre und die von ihnen festgelegten Regeln.

Bei der Auswahl der Interviewpartner wurden Personen bevorzugt, die in Gebieten unter Milizkontrolle wohnten. Da es sich jedoch schwierig gestaltete, Einwohner/innen zu finden, die bereit waren, sich zu äußern, musste wie in der vorangehenden Studie auch auf Personen zurückgegriffen werden, die sich zwar in diesen Gebieten tagtäglich bewegten, dort aber nicht wohnten. Im Wesentlichen handelt es sich um zwei Gruppen: a) Personen, deren Freunde oder nahe Verwandte an Orten unter Milizkontrolle leben und die diese Gebiete daher regelmäßig besuchten; b) Personen, die in von Milizen beherrschten Gebieten arbeiteten, wie etwa öffentliche Bedienstete.

Die Einschätzung, ob es sich im jeweiligen Fall um ein „Gebiet unter Milizkontrolle“ handelte (Auswahlkriterium), wurde in erster Linie den Befragten überlassen. Fiel sie nicht eindeutig aus, was nicht selten der Fall war, fanden die Kriterien Anwendung, die in der Studie von 2008 festgelegt und dort in der Einleitung beschrieben sind. In jedem Fall waren etliche Strategien zur Rekrutierung von Interviewpartnern speziell auf Orte hin ausgerichtet, für die eindeutige Hinweise auf die Existenz solcher Gruppen vorlagen, entweder aus der vorangehenden Untersuchung oder aus sonstigen Quellen, wie etwa dem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses oder „Disque-Denúncia“. Um besser zu verstehen, wie die Übernahme und der Verlust territorialer Kontrolle vonstattengehen, wurden darüber hinaus

auch Personen befragt, die Verbindungen zu Gebieten hatten, die in der Vergangenheit einmal unter Milizkontrolle gestanden hatten, gegenwärtig jedoch nicht mehr.

Insgesamt wurden 46 Interviews durchgeführt und ausgewertet. Die Interviews wurden auf der Grundlage eines Fragebogens geführt. Die ersten vier Blöcke – Ankunft der Milizen, Zusammensetzung, Vorgehensweise und Leben im Stadtviertel – sind mit denen der Studie aus 2007/2008 identisch, um die Vergleichbarkeit beider Studien zu gewährleisten. Der neue Fragebogen umfasste einen zusätzlichen Block zu mutmaßlichen Veränderungen im Vorgehen der Milizen in den letzten drei Jahren und zu möglichen staatlichen Maßnahmen gegen die lokale Miliz.

Da der Schwerpunkt der Studie darauf lag, die Veränderung im Lauf der Zeit zu ermitteln, wurde großer Wert darauf gelegt, möglichst viele Interviewpartner aus Vierteln zu gewinnen, die in der vorherigen Studie untersucht worden waren, um auf diese Weise den Vergleichsparameter beizubehalten. Aufgrund der Schwierigkeit, Zeugenaussagen zu bekommen, gelang es nicht immer, Befragungen mit Personen aus solchen Vierteln durchzuführen. Andererseits galt es, möglichst auch einige neue Gebiete in die Studie aufzunehmen, um sicherzustellen, dass die untersuchten Territorien die neue Realität auch hinreichend abbildeten. So gaben 19 der insgesamt 46 Befragungen Auskunft über Gebiete, die bereits in der Studie von 2008 untersucht worden waren. Dadurch werden gesicherte vergleichende Aussagen möglich. Auch wenn nicht alle dieser 19 Befragten über exakt dieselben Viertel wie in 2008 berichteten, so handelte es sich doch fast immer um dieselben Stadtteile und Stadtregionen.

Während schon anlässlich der Studie von 2008 die Angst der Einwohner/innen, über das Thema zu sprechen, die Rekrutierung von Zeugenaussagen erschwerte, gestaltete sich dieses Unterfangen 2011 sogar noch mühevoller. Zehn Personen verweigerten unmittelbar ihre Teilnahme, als sie vom Forschungsteam kontaktiert wurden, und das obwohl sie von Personen ihres Vertrauens empfohlen worden waren. Weitaus mehr Personen weigerten sich indirekt, an der Befragung teilzunehmen, indem sie ihre Absage über Dritte mitteilen ließen.

Das Befragtenprofil war ausgesprochen vielfältig. Von den 46 Befragten waren 27 Frauen und 19 Männer. Die meisten der Befragten hatten eine niedrige Schulbildung. Sie wohnten in einfachen Wohngegenden, genau von der Art, die häufig von Milizen beherrscht wird. Die Ausnahmen waren meist Lehrer/innen an Schulen in Gebieten unter Kontrolle von Milizen und sonstige Angestellte.

Die Wahrnehmung der Befragten

Wie in der Einführung bereits dargelegt, definierte die Studie von 2008 den Begriff „Miliz“ als Phänomen mit fünf gleichzeitig auftretenden Hauptmerkmalen. Die erste wichtige Schlussfolgerung aufgrund der aktuellen Daten lautet dahin gehend, dass die Milizen die ersten drei Merkmale gegenwärtig eindeutig beibehalten und in manchen Fällen sogar weiter ausprägten, während sie das vierte Merkmal deutlich abgewandelt und das fünfte Merkmal abschwächten. Die Milizen agieren also weiterhin als bewaffnete Gruppen, die kleinere Viertel und deren Bewohner/innen erpresserisch kontrollieren, wobei das Streben nach Gewinn ihre Motivationsgrundlage ist.

Rechtfertigungsgründe der Milizen

Man kann schlussfolgern, dass die Milizen davon abgerückt sind, in der breiten öffentlichen Debatte weiterhin Rechtfertigungsgründe für sich anzuführen, da das ehemalige Rechtfertigungsmuster in der veränderten Gesamtsituation nicht mehr praktikabel ist. In den Stadtvierteln erheben die Milizen durchaus noch Anspruch auf soziale Legitimität, indem sie für Ordnung und die Regelung des gesellschaftlichen Lebens sorgen und die Einwohner/innen vorgeblich vor Kriminalität und Unsicherheit schützen. In der Tat belegen die Interviews, dass ein Teil der Bewohner/innen an die beschützende Funktion der Milizen glaubt und meint, ohne sie schlechter dran zu sein. Die Rolle der Miliz als Regulator des Soziallebens im Viertel ähnelt der des Drogenhändlers, der ebenfalls bei einem Teil der Bewohner/innen Rückhalt genießt.

Doch es gibt immer auch ein erpresserisches Element, ohne das die Milizen nichts weiter als irreguläre private Sicherheitsfirmen wären, und nicht in der Lage, anderen ihre Monopolstellung aufzuzwingen, über die sie einen Großteil ihrer Gewinne erzielen. Beim erpresserischen Zwang gibt es ein langes Kontinuum mit Abstufungen. Am einen Ende hätten wir die völlige Abwesenheit von Einschüchterung und die Umwandlung der Milizen in private Sicherheitsfirmen, wie es sie in den Stadtvierteln der Mittel- und Oberschicht gibt. Am anderen Ende steht die absolute Tyrannei und Schreckensherrschaft, die die Meinungen und Wünsche der Bewohner/innen vollständig übergeht. Das Ausmaß des eingesetzten erpresserischen Zwangs korreliert negativ mit der Legitimität vor Ort. Hier liegt ein wechselseitiger Kausalzusammenhang vor: Je erpresserischer eine Miliz vorgeht, umso mehr verliert sie an Legitimität. Tatsächlich ist der eingesetzte erpresserische Zwang ganz entscheidend dafür, ob die

Bewohner/innen eine Miliz unterstützen oder ablehnen. Offene Unterstützer der Milizen finden sich unter den Befragten genauso leicht wie Personen, die die Präsenz solcher Gruppen entschieden ablehnen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich die Milizen bei den Bewohner/innen der Viertel einerseits um Zustimmung bemühen, dass sie andererseits jedoch davon abgerückt sind, sich öffentlich als Kreuzritter für die Befreiung vom Drogenhandel oder gar als das geringere Übel darzustellen. Fand in den Jahren 2007 und 2008 in den Medien noch eine Debatte über den moralischen Charakter dieser Gruppen statt, werden die Milizen seit der Misshandlung der Journalisten der Zeitung „O Dia“ im Jahr 2008 klar dem organisierten Verbrechen zugeordnet. Keine öffentliche Behörde und kein Meinungsbildner spricht sich mehr öffentlich für die Milizen aus. Infolgedessen haben die Milizen heute keine öffentliche Stimme mehr und verzichten in der öffentlichen Debatte – aber nicht unbedingt in den Stadtvierteln – auf ihr ursprüngliches Rechtfertigungsmuster.

Die Reaktion des Staates

Die dargelegte Entwicklung kann im Licht einer Reihe anderer weitreichender Veränderungen interpretiert werden. Erstens hat das politische Projekt, das die Milizen stützte, seinen inneren Zusammenhalt verloren. Etliche der Kandidaten, die vor allem mit Stimmen aus Gebieten unter Milizkontrolle ins Amt gewählt worden waren, wurden nicht wiedergewählt. Andere Kandidaten gingen politisch umso mehr zu den Milizen auf Distanz, je einmütiger diese öffentlich verurteilt wurden. Werden in den Berichten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses noch einige hochrangige Mitarbeiter/innen des Staatssekretariats für Sicherheit der Regierung Rosinha Garotinho als politische Gesprächspartner der Milizen genannt, so äußerte sich das Staatssekretariat für Sicherheit unter der neuen Regierung Sérgio Cabral nun klar gegen die Milizen und sprach sich für Maßnahmen gegen sie aus. Es entthob kurz nach dem Regierungswechsel den Inspektor Félix Tostes seines Amtes als Vertrauensmann bei der Kriminalpolizei und wies etwas später die Abteilung für Organisierte Kriminalität (DRACO) an, sich der Bekämpfung der Milizen zu widmen.

Zweitens gehen zeitgleich zu diesem politischen Wandel erhebliche Veränderungen im Bereich der Justiz vonstatten. Infolge der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zu den Milizen und den Ermittlungen der Abteilung für Organisierte Kriminalität (DRACO) wurden seit 2008 etliche maßgebliche Milizangehörige verhaftet, angeklagt und verurteilt. Immer häufiger wird nun in den Nachrichten über Strafverfahren gegen Milizenführer berichtet. Für

die meisten Träger von öffentlichen Ämtern mündet die Beschuldigung, eine örtliche Miliz anzuführen, in ein Strafverfahren. Viele von ihnen sitzen heute im Gefängnis.

Drittens kommt als neue Tatsache das hohe Maß an Gewalt zwischen den Milizionären selber hinzu. Wurden Konflikte zwischen den Milizen in der vorangehenden Untersuchung aufgrund einer fehlenden übergeordneten Struktur lediglich für möglich gehalten, so hat sich diese Vermutung in den vergangenen drei Jahren auf dramatische Weise bewahrheitet. Uns liegen zahllose Berichte über umgebrachte Milizangehörige in vielen Wohnvierteln vor. Die hohe Mortalität unter ihnen stellt eine weitere Parallele zu den Drogenbanden dar. Einige dieser Todesfälle ereigneten sich im Zuge von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Milizgruppen um Territorien oder aus anderen Gründen (Frauen usw.). Die allermeisten Todesfälle scheinen jedoch aus Konflikten innerhalb der Milizen zu resultieren, etwa wegen Bezeichnung der Veruntreuung von Geldern oder der Beseitigung von Spuren. Es gibt sogar Berichte, wonach Milizionäre umgebracht wurden, weil sie versucht hatten, die Miliz zu verlassen. Und Polizisten wurden ermordet, weil sie sich geweigert hatten, der Miliz beizutreten.

Entwicklung der Milizen: Herrschaft und Gewalt

Diese politischen, rechtlichen und organisationellen Veränderungen hatten erheblichen Einfluss auf die Vorgehensweise der Milizen. Die in den Vierteln gesammelten Zeugenaussagen lassen zwei zusätzliche Schlussfolgerungen zu: a) die nachlassende Kontrolle über die Bevölkerung und wirtschaftliche Schwächung der Milizen; b) der Übergang zu einer unauffälligeren, low-profile Vorgehensweise.

Gewiss hat der staatliche Druck auf die Milizen der vergangenen Jahre in den meisten Fällen nicht zur Zerschlagung von Milizen geführt, aber er hat ihre Macht geschwächt. So geht aus den Aussagen einiger Bewohner/innen hervor, dass die von den Milizen aufgezwungenen Regeln zum Sozialverhalten nun weniger rigide sind als früher.

Interessanterweise haben die Milizen bei der Einrichtung ihres Sanktionssystems große Kreativität bewiesen, indem sie mit Hausarrest, Wände streichen, Straßen kehren (für Männer) und Wäsche waschen (für Frauen) neuartige Strafen einführten. Solche „alternativen Strafen“, die auf traditionell zugewiesenen Geschlechterrollen zugeschnitten scheinen, verfolgen gleich mehrere Ziele. Während die Frauen typische Tätigkeiten aus Privatsphäre und Haushalt, wie etwa Wäsche waschen verrichten, führen die Männer Arbeiten im öffentlichen Raum aus, wie beispielsweise Straßen kehren. All diese Sanktionen ermöglichen die Anwendung einer weniger hohen „Strafdosis“ und ziehen so weniger die Aufmerksamkeit des Strafjustiz-

systems auf sich als körperliche Züchtigung oder Tötungen. Außerdem rufen solche Maßnahmen dank ihrer geringeren Brutalität wahrscheinlich auch weniger den Widerstand der Bewohner/innen hervor. Schließlich können einige dieser Maßnahmen als gemeinnützige Arbeiten ausgestaltet werden, die – so die Botschaft – der Gesamtheit der Bewohner/innen zugutekommen.

Dieses neue Spektrum an Bestrafungsmöglichkeiten bedeutet jedoch nicht, dass die traditionelle Hinrichtung ihre Funktion verloren hätte. Ganz im Gegenteil: In fast allen Stadtvierteln werden Kleinkriminelle und Drogendealer mit erschütternder Regelmäßigkeit ermordet – manchmal bereits wegen Bagatelldelikten. Außerdem gehen Hinrichtungen nicht selten mit dem Verschwinden lassen von Person und Leichnam einher, was zum einen weniger Aufsehen erregt als ein Toter mitten auf der Straße und zum anderen mögliche Polizeiermittlungen erschwert. Mindestens sechs Befragte berichteten von Fällen, bei denen Milizionäre Personen verschwinden ließen und wahrscheinlich auch töteten.

In vielen Vierteln gilt laut der Befragten ein umfangreicher Katalog mit Verhaltensregeln für den Alltag. Darunter befindet sich das Verbot der ehelichen Untreue, das insbesondere für Frauen und in erheblich geringerem Umfang für Männer gilt. Es wird vom Verbot bestimmter äußerer Erscheinungsbilder und der Pflicht berichtet, dass Kinder ab einer bestimmten Uhrzeit zuhause sein müssen. Außerdem tritt mit der Gewalt gegen Homosexuelle nun ein Phänomen zutage, das bei der vorangegangenen Studie noch nicht festgestellt wurde. Für mindestens zwei Wohnviertel schilderten Befragten die Tötung von Homosexuellen; für andere Viertel gab es Hinweise, dass „offen homosexuelles“ Verhalten nur an bestimmten Orten und zu gewissen Uhrzeiten geduldet und ansonsten unterbunden wurde.

Eines der Ziele der sozialen Reglementierung durch die Milizen besteht gerade darin, Polizeipräsenz im Viertel zu verhindern und auf diese Weise die eigene Kontrolle über das Territorium abzusichern. Laut einiger Befragten verbieten die Milizen den Bewohner/innen ausdrücklich, bei Auseinandersetzungen die Polizei zu rufen, und bestehen darauf, diese mit den Betroffenen selbst beizulegen. Bei starker Verwurzelung in einem Viertel gelingt es dem lokalen Milizenführer auf diese Weise, einen Großteil der lokalen Verhaltensweisen und Geschäfte unter seine Kontrolle zu bringen, unabhängig davon, ob diese Geschäfte legaler oder illegaler Natur sind. Auf dem Höhepunkt der Milizherrschaft über das Viertel Rio das Pedras trat der dortige Milizenführer als autoritärer „Vater“ auf, der zur Beilegung aller Konflikte und zur Reglementierung des Lebens im Viertel gerufen wurde. Sogar öffentliche Institutionen

vor Ort, wie etwa die Schule, wandten sich mit Bitten um Finanzmittel und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an diese Führung.

Ein zentrales Merkmal der Herrschaft der Milizen über ein Gebiet ist die Fähigkeit, über Leben und Tod der Bewohner/innen zu bestimmen. Deshalb ist es keinem anderen gestattet zu töten, ohne vorher die Zustimmung der Milizen einzuholen, selbst dann nicht, wenn die Opfer für die Miliz völlig bedeutungslos sind. Zuzugeben, dass an der Miliz vorbei getötet und gestorben wird, würde das Gewaltmonopol der Miliz infrage stellen. Anders als für den Staat, der das legitime Gewaltmonopol vermeintlich innehat, ist es für die Milizen nicht von Bedeutung, ob ihre Gewalt legitim ist, sondern ob sie ausschließlich ist.

Die Befragten üben vor allem dann Kritik an der Gewalt, wenn sie quantitativ, und vor allem qualitativ als übermäßig empfunden wird, d. h. wenn die Gewalt der Milizen illegitime Opfer fordert. Kurzum wird die Gewalt dann abgelehnt, wenn sie über die „normalen Toten“ hinausgeht, um die Ausdrucksweise eines Befragten zu verwenden. Mit diesen „normalen Toten“ sind Personen gemeint, die als unerwünscht gelten, weil sie Verbrechen begehen oder Drogen konsumieren. Man kann also schlussfolgern, dass die Gewalt zwar einer gesellschaftlichen Forderung nachkommt, aber auch heftige Ablehnung in der Bevölkerung hervorrufen kann, sobald sie gewisse Grenzen überschreitet. Man darf jedoch nicht vergessen, dass die Art, wie über Gewalt und Herrschaft gesprochen wird, von der Einschüchterung bestimmt wird, die von eben diesen Praktiken ausgeht. Es ist daher möglich, dass die Bewohner/innen eine weit größere Abneigung gegen die Milizen hegen, als sie öffentlich zum Ausdruck bringen können.

Deutlicher tritt die Schwächung der Milizen zutage, wenn man den Verlust ihrer Einkommensquellen untersucht. In vielen Vierteln, in denen der Gasverkauf oder die illegale Bereitstellung von Kabelfernsehen früher fest in der Hand der Milizen waren, liegt nun keine Monopolstellung mehr vor. Dies liegt zum einen an den allgemeinen Machteinbußen der Milizen, zum anderen an technologischen Neuerungen wie kürzlich verlegten Gasleitungen und neuen Anbietern von Kabelfernsehen.

Neben eindeutigen Zeichen für eine Schwächung der Milizen in etlichen Gebieten ab 2008, ist es nahezu unumstritten, dass sie ihre Methoden und Vorgehensweisen in den letzten Jahren geändert haben. Unter den neuen Bedingungen zeichnen sich die Milizen durch Zurückhaltung und ein low-profile Vorgehen aus. Im Vergleich zu den Drogenhändlern hatten die Milizen schon immer unauffällig operiert. Dieser Kontrast ist aber umso krasser, wenn man

sich das gegenwärtige Vorgehen dieser Gruppen ansieht, das darauf abzielt, möglichst unbemerkt zu agieren. Nachdem sie durch strafrechtliche Ermittlungen in Bedrängnis geraten und ihre bekanntesten Anführer verhaftet worden waren, entschieden sie sich, die Aufmerksamkeit der breiteren Öffentlichkeit fortan soweit wie möglich zu umgehen. Die Bewohner/innen verwenden zur Umschreibung der neuen Vorgehensweise der Milizen den Ausdruck „auf leisen Sohlen“.

Diese neue Herangehensweise hat Auswirkungen in allen Bereichen. Zunächst – und das ist wohl am paradoxesten – hat sich das Klima der Einschüchterung unter der kürzlich ausgegebenen Losung der Zurückhaltung nicht abgeschwächt, sondern sogar noch verstärkt. Da die Milizionäre nun befürchten, dass Ermittlungsverfahren gegen sie eröffnet werden, haben die Bewohner/innen große Vorbehalte, sich zum Thema zu äußern. Das gilt sogar für diejenigen, die die Aktivitäten dieser Gruppen unterstützen. Außerdem sind viele Interviews von Zweifeln, Widersprüchen, Mehrdeutigkeiten und Auslassungen durchzogen, die Angst bei den Befragten erkennen lassen. Einige nennen den Namen des Anführers der lokalen Miliz nicht, obwohl dieser weithin bekannt ist. Andere beteuern, über das Vorgehen der lokalen Miliz nichts sagen zu können, da sie früh morgens zur Arbeit gingen und erst spät abends zurückkehrten, ohne auf ihre Umgebung zu achten. Dann gibt es noch diejenigen, die behaupten, „es gar nicht wissen zu wollen“, um so zu rechtfertigen, weshalb sie nicht wüssten, was in ihrer eigenen Straße passiert. Andere wiederum versichern ungefragt derart inständig, keine Angst zu haben, dass dies nur als klares Zeichen für die Leugnung ihrer eigenen Panik gewertet werden kann.

Einige Personen gingen sogar noch weiter und gaben an, nicht zu wissen, ob das Viertel zum Zeitpunkt der Befragung überhaupt von einer Miliz beherrscht wurde oder nicht. Die Gründe hierfür sind die allgemein unsichere Lage, die Auflösung einiger Milizen und die beschriebene Furcht, über diese Themen zu sprechen oder sich über sie zu informieren. In etlichen Vierteln setzten die Abgabenzahlungen an die Milizen infolge der staatlichen Ermittlungen und Verhaftungen aus. Das vorübergehende Ende einiger Aktivitäten der Milizen lässt also Zweifel an ihrer territorialen Kontrolle aufkommen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, wo diese Gruppen insgesamt weniger auffällig operieren. So wurden die Milizen mancherorts zu einer Erscheinung mit geradezu phantomhaften Zügen, über die nicht mit Gewissheit gesagt werden kann, ob sie noch existiert oder sich schon aufgelöst hat, und deren Fähigkeit zur Einschüchterung sich umgekehrt zum Grad ihrer Präsenz zu verhalten scheint.

Wie ein Großteil der Befragten berichtet, wird diese Ungewissheit noch dadurch verstärkt, dass nicht klar ist, wer zu den Milizen gehört, da sie sich auf der Straße nicht zu erkennen geben. Hatte man Milizionäre 2007 und 2008 üblicherweise noch an ihren Westen mit der Aufschrift „Schutz“ oder dergleichen erkannt, trugen sie eine solche „Milizuniform“ 2011 nur noch in ganz wenigen Vierteln. Sofern man überhaupt ein optisches Erkennungsmerkmal ausmachen kann, scheint das die schwarze Bekleidung zu sein. Äußere Erkennungsmerkmale würden freilich die strafrechtliche Ermittlung gegen sie erleichtern.

Selbst die Methoden zur Beherrschung des Gebiets sind subtiler geworden und fallen weniger stark ins Auge. In den Jahren 2006 und 2007 lagen für die meisten Stadtviertel Berichte über Patrouillen und Zugangskontrollen der Milizen vor, die ähnlich auffällig wie die der Drogenhändler waren. Im Jahr 2011 sind Patrouillen und deren Offenkundigkeit weniger an der Tagesordnung. Viele Befragte berichteten, dass die Milizionäre in den Vierteln nur noch nachts oder gar nicht mehr auf Streife gingen. In etlichen Gebieten treten Milizangehörige nur noch in Erscheinung, um Anzeigen nachzugehen oder Auseinandersetzungen zu schlichten. Diese Strategie ähnelt immer stärker der Vorgehensweise der Todesschwadronen in einigen Stadtvierteln, die ihre Herrschaft ohne ständige Präsenz und Zugangskontrollen unauffällig ausüben.

Es wurde bereits dargelegt, dass die wichtigste Veränderung der Milizen der letzten Jahre in Bezug auf das vierte Merkmal der obigen Definition stattgefunden hat: den Rechtfertigungsgründen. Aber auch beim fünften Merkmal, der offenen Beteiligung von Staatsdienern an Kommandostellen ist es zu Veränderungen gekommen, wenngleich in abgeschwächter Form. So befanden sich 2007 und 2008 unter den Milizionären noch durchgängig Polizisten, die sich offen als Staatsbedienstete zu erkennen gaben, um auf diese Weise ihre Legitimität und Rolle als vermeintliche Befreier zu untermauern. Bereits 2011 mehren sich die Hinweise auf niederrangige Milizangehörige, die sich gewissermaßen als Gehilfen im öffentlichen Raum aufhielten und den höherrangigen Mitgliedern der Organisation Bescheid gaben, wenn deren Präsenz vonnöten war. In manchen Fällen setzen diese Gehilfen Pfiffe oder irgendein Erkennungszeichen ein, um so die Aufmerksamkeit der Bewohner/innen oder ihrer Chefs zu wecken. Alles deutet darauf hin, dass diese vor Ort rekrutierten Personen keine Polizisten sind und für gewöhnlich keine Waffen mit sich führen.

Für viele Befragte sind diese Personen keine „Milizionäre“ im eigentlichen Sinn. Der Begriff ist allein den regulären, bewaffneten Mitgliedern vorbehalten, die häufig einem öffentlichen Sicherheitsorgan angehören oder früher einmal angehörten. Die Gehilfen werden unter-

schiedlich bezeichnet, unter anderem als „Stroh Männer“, „Angestellte“, „Späher“ oder „Handlanger“. Jedes dieser Wörter besitzt eigene Konnotationen. Einige spielen auf den Drogenhandel (Späher) an, andere auf stabilere Organisationsformen (Angestellte); alle heben jedoch hervor, dass es sich um eine untergeordnete Funktion handelt.

Dieses „Outsourcing“ von Überwachungsaufgaben ermöglicht es den Polizisten in den Reihen der Milizen, unauffälliger zu agieren und damit ihre Chancen zu erhöhen, unerkannt zu bleiben und nicht gerichtlich belangt zu werden. Die Miliz selbst wird dadurch weniger verwundbar, da man junge Männer, die sich unbewaffnet in den Straßen des eigenen Viertels aufhalten – so die Logik –, weniger schnell verdächtigt, gerade ein Verbrechen zu begehen. Gleichzeitig führt diese Entwicklung zur einer Spezialisierung und Hierarchisierung der Aufgaben innerhalb der Milizstruktur, wodurch weniger Personal notwendig wird und wahrscheinlich die Kosten geringer gehalten werden können als wie wenn alle Beteiligten Polizisten wären. Parallel zu dieser Entwicklung sind viele Milizenführer, die traditionell im kontrollierten Stadtviertel wohnten, mittlerweile in Stadtteile und Wohnanlagen der Oberschicht umgezogen.

Die enge Verbindung zwischen Milizionären und Polizisten kann nicht ansatzweise in Zweifel gezogen werden. An Kommandostellen sitzen in den allermeisten Fällen nach wie vor bewaffnete Staatsdiener. Anders als vor einigen Jahren gibt man sich als Polizist inzwischen aber nicht mehr immer und überall als solcher zu erkennen. Im Jahr 2011 bestätigten viele Befragte, nie mit Gewissheit sagen zu können, ob es sich bei einem bestimmten Milizionär um einen Polizisten, einen ehemaligen Polizisten oder einen Zivilisten handelte. Die größere Geheimhaltung gilt also auch in Bezug auf die Zugehörigkeit zu öffentlichen Sicherheitsorganen, vermutlich zum Schutz vor Ermittlungen.

Die Reaktion der Bewohner/innen

Wie bereits dargelegt, fallen die Reaktionen der Bewohner/innen von Wohnvierteln unter Milizkontrolle sehr unterschiedlich aus und schwanken zwischen begeisterter Unterstützung und völliger Ablehnung. Die Argumente für die Milizen heben auf deren Fähigkeit ab, für Ordnung zu sorgen und unerwünschtes Verhalten zu unterbinden. Dabei ruft der Umstand, dass diese Herrschaft gewaltsam und rechtswidrig ausgeübt wird, mit Ausnahme einiger Personen mit höherem Bildungsniveau oder differenzierteren politischen Ansichten keine übermäßige Kritik hervor.

Die Rechtfertigung der gewaltsamen Kontrolle über die Bevölkerung abseits von Recht und Gesetz tritt in den Schilderungen der Bewohner/innen mehr oder weniger deutlich zutage.

Auf die Frage nach Gewalttaten der Milizen versichern viele Befragte, dass sich diese „nur“ gegen Straftäter richteten, mit anderen Worten, die Richtigen trifft. Und nachdem die Bewohner/innen, wie aus verschiedenen Zeugenaussagen hervorgeht, die Miliz selbst rufen, um unerwünschte Personen – in der Regel Drogenkonsumenten und Kleinkriminelle – aus dem Weg zu räumen, wird eine Mitverantwortung des Stadtviertels an den von Milizen begangenen Morden eingeräumt.

Durch die Zerschlagung einiger Milizgruppen und der daraus eventuell erwachsenden Unsicherheit, wurde der Bevölkerung noch mehr Angst eingejagt. Diese Wahrnehmung teilen sogar diejenigen, die die Milizen nicht als Ideallösung der Probleme des Viertels betrachten. Denn es gibt die weitverbreitete Auffassung, dass es einen starken Akteur geben muss, der sich des Gebietes annimmt und dafür sorgt, dass „das Haus nicht leer steht“. Schließlich muss irgendjemand vor Ort eine „Ordnung“ herstellen. Fehlt eine solche Ordnung, fühlen sich die Menschen gewissermaßen verloren, da sie keinen Ansprechpartner haben, an die sie sich wenden können.

Der ausdrückliche Widerstand gegen die Milizen liegt zum Großteil an den aufgebürdeten Abgaben, dem Zuschlag auf den Verkauf verschiedener Waren und den Einschränkungen beim freien Zugang zu alternativen Produkten. Dieser Eingriff in den freien Handel lässt die Lebenshaltungskosten in den Vierteln ansteigen und wird fast immer als unangemessen empfunden. In diesem Punkt fällt der stetige Vergleich zwischen Drogenhandel und Milizen zu Ungunsten der Milizen aus.

Wie schon vor einigen Jahren bietet sich uns bei der Abgabepflicht kein einheitliches Bild. Für viele Viertel liegen Berichte vor, wonach Einschüchterung und Gewalt erfährt, wer die sich weigert zu zahlen. Das häufigste Szenario ist, dass das Haus oder Geschäft von Bewohner/innen oder Händler/innen, die die Zahlung verweigern, Ziel eines Einbruchs oder Überfalls wird. Da die Milizen die effektive Kontrolle über das Gebiet ausüben, ist es offensichtlich, dass sie diese Verbrechen nicht nur dulden, sondern sogar selbst koordinieren, um ihre „potentiellen Kunden“ einzuschüchtern. Viele Befragte stellen diesen Zusammenhang ausdrücklich her. Viele andere Befragte gaben allerdings an, keine Abgaben zu zahlen oder durchaus Produkte von außerhalb ins Viertel mitzubringen, ohne deswegen jemals Repressalien erfahren zu haben.

Neben der Eintreibung von „Schutzabgaben“ ziehen die Milizen auch Gewinn aus einer Reihe von Wirtschaftstätigkeiten. Den größten Anteil machen dabei Zahlungen für alternative

Beförderungsmittel, den Gas- und Wasserverkauf, dem Internetzugang und die illegale Bereitstellung von Kabelfernsehen. Trotz der erwähnten Einbußen bei Einkommensquellen und der Gebietsverluste dominieren die Milizionäre noch in vielen Stadtvierteln manche dieser Wirtschaftstätigkeiten. Weitere Einnahmequellen sind die „Besteuerung“ von Immobilienverkäufen und Mietzahlungen oder die direkte Inbesitznahme von Immobilien. Über diese eher klassischen Felder hinaus sind einige Milizen auch in andere Bereiche vorgedrungen, wie etwa den Geldverleih zu völlig überhöhten Zinsen.

Manche Milizen koordinieren weiterhin Wohlfahrtsaktivitäten in den Vierteln, wie etwa die Organisation von Festen und Events oder die Ausgabe von Lebensmittelpaketen. Diese Praxis scheint jedoch weniger bedeutsam als noch vor einigen Jahren zu sein. Bei vielen der von Milizen organisierten Festen sind Eintritt, Speisen und Getränke kostenpflichtig, so dass sie heute mehr Einnahmequelle als Wohlfahrtsveranstaltung sind.

Bei den illegalen Drogen ist die Situation ähnlich wie vor drei bis vier Jahren. Die meisten Milizen untersagen den Drogenhandel strikt und vollstrecken bei Zuwiderhandeln drakonische Strafen, die häufig zum Tod führen. Manche Milizen tolerieren den Konsum von Drogen, solange er im privaten Raum stattfindet. Andere Milizgruppen ziehen direkten wirtschaftlichen Nutzen aus dem Drogenhandel. Wie bereits dargelegt, fiel ab 2008 der Anteil der bei „Disque-Denúncia“ gegen die Milizen wegen Rauschgifthandels erstatteten Anzeigen im Vergleich zu den Vorjahren. Dies überrascht ein wenig, denn mit dem Ende der Rechtfertigung der Milizen in der Öffentlichkeit als Kreuzritter gegen den Drogenhandel ab diesem Jahr fiel schließlich einer der Gründe weg, sich aus dieser Art Geschäft herauszuhalten.

Die Sichtweise der Behörden, die am Vorgehen gegen die Milizen beteiligten sind

Methodologische Fragestellungen

Für die Untersuchung der Auswirkungen des staatlichen Vorgehens gegen die Milizen schien die Befragung der Verantwortlichen des Strafjustizsystems angezeigt. Diese Personen würden den Verlauf dieses Vorgehens schildern und wertvolle Informationen darüber liefern können, welche Auswirkungen es auf die Milizen hatte. Außerdem bereichert die Sichtweise dieser Beamten auf das Phänomen „Milizen“ ganz erheblich die Analyse.

Dabei ging es nicht darum, eine repräsentative Auswahl an Abgeordneten, Staatsanwälten oder Richtern zu treffen und deren Sichtweise als Gruppe zu ermitteln. Das Ziel war vielmehr, Einzelpersonen zu befragen, die aufgrund ihrer direkten Beteiligung am Vorgehen am präzisesten über Ermittlungen, Strafverfahren und Verurteilungen berichten könnten. Unsere Interviewpartner bilden somit eine ausgewählte Gruppe, die sich durch ein hohes persönliches Engagement bei der Bekämpfung der Milizen auszeichnet. Für viele von ihnen war das Vorgehen gegen die Milizen ein Markstein in ihrer beruflichen Laufbahn. Einige erhielten wegen ihrer Beteiligung sogar Todesdrohungen. Sicherlich beeinflussen diese Aspekte ihre Sicht auf das Thema.

Manche von ihnen wurden nach der „Schneeballmethode“ ausgewählt, also auf Empfehlung von zuvor befragten Personen. Insgesamt wurden zwei Abgeordnete, zwei Staatsanwälte, ein Richter und ein parlamentarischer Berater befragt. Zwischen den Informationen, die über die Befragung dieser Personen gewonnen werden konnten, bestand ein derart hoher Grad von Übereinstimmung, dass sie als gesichert gelten können. Daraus können wir schließen, dass weitere Interviews vermutlich keine signifikant neuen Informationen zutage fördern würden.

Behörden, die am Vorgehen gegen die Milizen beteiligt sind

Wie oben bereits erwähnt, rief die Misshandlung von Journalisten der Zeitung „O Dia“ im Mai 2008 einen Aufschrei in der Öffentlichkeit hervor und ließ die öffentliche Ablehnung dieser Gruppen signifikant ansteigen. Hatten manche Behörden noch vor wenigen Jahren Zeitungen gegenüber erklärt, die Milizen seien zu Befreiung der Bevölkerung von der Herrschaft des Drogenhandels gegründet worden, hörten derartige Äußerungen nach diesem Vorfall schlagartig auf. Die Befragten bestätigen, dass sich in der Wahrnehmung der Bürger/innen und Haltung der Institutionen in der Tat ein erheblicher Wandel vollzogen hat. Sie geben an, dass die Medien bei der Dekonstruktion der Rechtfertigungsgründe der Milizen eine fundamentale Rolle gespielt haben. Manche von ihnen hängen sogar der Legende an, die Milizen seien anfangs eine gute Sache gewesen und hätten sich erst später zu etwas Schlechtem hin entwickelt.

Die befragten Beamten geben an, dass die Jahre 2006 und 2007 eine Hoch der Miliz-Aktivitäten markierten. Damals bauten die Milizionäre ihre territoriale Kontrolle aus und ge-

wannen im Bundesstaat Rio de Janeiro auch auf politischer Ebene großen Einfluss, indem es Personen aus ihren Reihen gelang, zu Stadträten und Abgeordneten gewählt zu werden. Außerdem steigerten sie ihre Gewinne, indem sie den Verkauf bestimmter Güter und Dienstleistungen, wie etwa die Personenbeförderung in Kleintransportern, den Gasverkauf und Gato.net usw., unter ihre Kontrolle brachten. Hinweise des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und einiger Bewohner/innen im Rahmen dieser Untersuchung, wonach die Milizen während ihrer Expansion von der damaligen Leitung des Staatssekretariats für Öffentliche Sicherheit Unterstützung genossen hätten, werden nun durch die Zeugenaussage eines Polizeikommissars erhärtet.

Bereits 2007 lassen sich beim staatlichen Vorgehen erhebliche Veränderungen feststellen. Zu Beginn dieses Jahres beschließt das Staatssekretariat für Sicherheit, die Abteilung für Organisierte Kriminalität (DRACO) mit spezifischen Ermittlungsarbeiten in Bezug auf die Milizen zu betrauen. Bis zu diesem Zeitpunkt ermittelte die DRACO bei sehr unterschiedlichen Straftaten. Danach richtete sie ihr Hauptaugenmerk zwar nicht ausschließlich, aber verstärkt auf die Milizen. Die Arbeitsgruppe DRACO, die im Blick auf die Milizen ermittelte, bestand aus etwa zehn Polizeibeamten und zwei Kommissaren.

Im Jahr 2008 steigt der Druck des Strafjustizsystems auf die Milizen exponentiell an. Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaats Rio de Janeiro (ALERJ) vom November 2008 nennt schließlich eine große Zahl von Personen, die beschuldigt werden, diesen Gruppen anzugehören.

Kurz nach Beginn des staatlichen Vorgehens gegen die Milizen schlug den Polizisten der Widerstand von Personen entgegen, die den Staat mit dem Hinweis auf die offensichtliche Unterstützung, die die Milizen in den kontrollierten Wohnvierteln genossen, dazu aufforderten, anstelle der Milizen doch besser den Drogenhandel anzugehen. Es wurde sogar befürchtet, dass die Bekämpfung der Milizen letztlich den Drogenhandel verstärken würde. Je klarer jedoch die Gesellschaft und der Staat Position gegen die Milizen bezogen, umso mehr ließ dieser Widerstand mit der Zeit nach.

Im November 2010 wurde die DRACO organisatorisch aus der Zivilpolizei herausgelöst und direkt dem Staatsministerium für Öffentliche Sicherheit unterstellt. Die Befragten geben an, dass dadurch die Unabhängigkeit der Dienststelle in Bezug auf ihre Ermittlungstätigkeit zu den Milizen erhöht blieb und der Zeugenschutz verbessert wurde. Im Februar 2011 zog die DRACO dann vom Gebäude der Zivilpolizei ins Ministerium für Öffentliche Sicherheit um.

Zwischen 2007 und 2010 gelang es der DRACO, zahlreiche Personen in Gewahrsam zu nehmen, denen sie anlastete, einer Miliz anzugehören. Je nach Quelle schwankt die Gesamtzahl der Verhafteten zwischen 500 und 700. Trotz ihrer geringen Zahl an Mitarbeiter/innen war diese Sonderdienststelle also ausgesprochen effektiv. Ein befragter Staatsanwalt nannte die Beteiligung der DRACO beim Kampf gegen die Milizen im Bundesstaat Rio „maßgeblich“. Ohne die DRACO hätten andere Organe des Strafjustizsystems wie etwa die Staatsanwaltschaft und die Gerichte erhebliche Schwierigkeiten, überhaupt etwas gegen diese Gruppen zu unternehmen.

Die Staatsanwaltschaft und die Gerichte begannen ebenfalls, Maßnahmen in Bezug auf die Milizen zu ergreifen. Wichtiger war jedoch, dass sich die einzelnen staatlichen Sicherheitsorgane nun untereinander enger vernetzten und eine koordiniertere Zusammenarbeit begann. Dies trifft insbesondere auf die Kooperation zwischen der Zivilpolizei und der Staatsanwaltschaft bei den Ermittlungsarbeiten zu. Die polizeilichen Ermittlungsergebnisse zu den Machenschaften der Milizen wurden in einigen Fällen persönlich an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, um den Fortgang der Bearbeitung zu beschleunigen und zu verhindern, dass Informationen durchsickern.

Die Staatsanwaltschaft auf bundesstaatlicher Ebene schuf 2010 das *Sonderdezernat zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (GAECO/ RJ)*, das bei der Abfassung von Strafanzeigen gegen Milizionäre eine zentrale Rolle spielte. In dieser Zeit gehörten dem GAECO circa 23 Staatsanwälte in sieben Abteilungen an, die auf den ganzen Bundesstaat verteilt waren. Die Staatsanwälte des GAECO arbeiteten Hand in Hand mit Richtern und stellten unter Rückgriff auf eine interne nachrichtendienstliche Abteilung sogar eigene Ermittlungen an.

Die Einrichtung des GAECO hatte drei Vorteile. Erstens verfügten diese Staatsanwälte über besondere fachliche Qualifikationen für die Ermittlungsarbeit im Bereich des organisierten Verbrechens, die Besonderheiten aufweist und im Vergleich zu gewöhnlichen Straftaten deutlich erschwert ist. Zweitens wurde dadurch die Sicherheit der gegen das organisierte Verbrechen ermittelnden Staatsanwälte erhöht, da sie den Strafanzeigen nicht als Einzelpersonen nachgehen müssen. So wechseln sich beim GAECO die Staatsanwälte bei den Stellungnahmen gegenüber der Presse gegenseitig ab, damit keiner von ihnen übermäßig exponiert wird. Drittens erleichtert die Zusammenführung von Verbrechensfällen der organisierten Kriminalität in einem einzigen Dezernat, diese Deliktart und ihre Entwicklung zu überwachen.

Anders als das DRACO kann sich das GAECO jedoch nur dann in einen Fall einschalten, wenn dies der Staatsanwalt, in dessen territoriale Zuständigkeit die begangene Straftat fällt, beantragt. Dies wirkte sich jedoch kaum negativ auf die Ermittlungen aus, da viele Staatsanwälte des GAECO für Gebiete zuständig waren, die unter Milizkontrolle standen. Außerdem sind gerade die schwierige Ermittlungsarbeit und die Furcht, gegen das organisierte Verbrechen zu ermitteln, Gründe dafür, weshalb sich viele Staatsanwälte überhaupt an dieses Dezernat wenden. Zusammengefasst sorgte die Beteiligung von GAECO und DRACO für mehr Beweglichkeit, Unabhängigkeit und Schutz der beteiligten Personen bei Verfahren gegen Milizionäre.

Im Zuge der Verurteilungen von Milizionären ergriff der Gerichtsapparat seinerseits Maßnahmen. Um die Sicherheit von aussagewilligen Zeugen und Richtern in Gebieten unter Milizkontrolle zu erhöhen, zogen bestimmte Strafabteilungen vom Westteil der Stadt ins Amtsgebäude des Obersten Gerichts des Bundesstaats Rio de Janeiro im Zentrum der Hauptstadt um. Schließlich waren Zeugen ihre Anonymität weitaus besser, wenn sie den Justizpalast im Stadtzentrum betreten, als wenn sie in einem Gebiet, in dem Milizen operieren, das Justizgebäude aufzusuchen.

Eine weitere wichtige Maßnahme war die Unterbringung mancher Milizenführer in Hochsicherheitsgefängnissen des Bundes, um auf diese Weise die Verbindung zu ihren Organisationen zu kappen. Diese Maßnahme machte symbolisch deutlich, dass der Staat das Problem mit derselben Entschlossenheit anging wie das der Drogenhändler, die traditionell einen Großteil der Insassen ausmachen, die im Bundesgefängnis Catanduvás untergebracht werden.

Zusammenfassend zeigen die Schilderungen der Interviewpartner, dass zur Bekämpfung der Milizen in Rio de Janeiro eine regelrechte „Taskforce“ errichtet wurde, die aus Sonderorganisationen von Polizei, Staatsanwaltschaft und der Zusammenarbeit mit dem Justizapparat bestand.

Besonderheiten von Ermittlungen gegen Milizen

Die Befragten zählten eine Reihe besonderer Schwierigkeiten auf, die bei der Bekämpfung krimineller Verhaltensweisen von Milizionären auftreten: Schwierigkeiten, Ermittlungen und

Verhaftungen durchzuführen, wenn die Straftäter auf irgendeine Weise Teil des Staatsapparates sind; Schwierigkeiten, dem Verhalten der Milizionäre einen bestimmten Straftatbestand zuzuordnen; Hindernisse bei der Beibringung von Beweisen; die Angst der Zeugen.

Da viele Milizionäre Staatsdiener sind, impliziert dies, dass sie den Staatsapparat kennen und wissen, wie Ermittlungen durchgeführt werden. Dies erlaubt ihnen, Maßnahmen zur Behinderung von Ermittlungen zu ergreifen. Zusätzlich gehen Ermittlungen gegen Milizen häufig auch mit Widerstand auf politischer Ebene einher, da viele Milizionäre Verbindungen in die Politik des Bundesstaats haben. Der erhöhte Bedarf an verdeckten Ermittlungsarbeiten stellt daher eine Besonderheit bei der Strafverfolgung von Milizen dar. Zu diesem Zweck besitzt die Staatsanwaltschaft eine eigene Anlaufstelle, die ebenfalls Strafanzeigen entgegennimmt. Wie es ein Staatsanwalt des GAECO ausdrückte, spielt es keine Rolle, ob weithin bekannt ist, dass ein bestimmter Ort ein „Milizennest“ ist. „Man kann einen Milizionär nicht so leicht drankriegen“, da er auch nach seiner Festnahme noch Staatsbeamter und als solcher schwer belangbar ist.

Die Beamten geben an, Ermittlungen und Verhaftungen gegen Milizionäre aller Hierarchiestufen durchgeführt zu haben, unabhängig von deren Rang und Funktion in der Gruppe. Die Operationen zielten zwar in erster Linie auf die Milizenführer ab; man unternahm jedoch Anstrengungen, so viele Mitglieder einer Organisation wie möglich dingfest zu machen. Im Westteil der Stadt wurden beispielsweise etliche Operationen mit dem Ziel durchgeführt, Mitglieder der „Liga da Justiça“, der mächtigsten Milizen der Region, festzunehmen, allen voran die Anführer Natalino und Jerominho.

Ein Staatsanwalt bestätigt, dass es relativ „leicht“ gewesen sei, die Führung der Liga da Justiça in Gewahrsam zu nehmen, da sie in den Jahren 2007 und 2008 sehr „auffällig in Erscheinung trat“. Es war im Stadtviertel demnach wohlbekannt, dass diese Milizionäre dort operierten, sei es bei der Eintreibung von Schutzgeldern, sei es beim Bau und der Leitung eines Stadtteilzentrums, das sie selbst eingerichtet hatten. Darüber hinaus fühlten sich die Milizionäre von einflussreichen Personen protegirt und glaubten aus diesem Grund, trotz ihres auffälligen Auftretens straffrei ausgehen zu können. Infolgedessen hatte die Polizei anfangs keine großen Schwierigkeiten, gegen solche Personen zu ermitteln. Je massiver das staatliche Vorgehen gegen die Milizionäre allerdings wurde, umso zurückhaltender verhielten sich die Milizen und umso schwieriger wurden die Ermittlungen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind groß angelegte Operationen, wie etwa die Festnahme von mehreren Anführern, unwahrscheinlicher als zu Beginn. Mit anderen Worten nimmt die Wirkung der staatli-

chen Operationen gegen diese Art des organisierten Verbrechens aufgrund ihres eigenen Erfolgs und der Vorsichtsmaßnahmen der Milizionäre ab, die sich heute – wie es die Bewohner/innen ausdrückten – „auf leisen Sohlen“ bewegen.

Obwohl die Milizen hauptsächlich von Vertretern der Staatsmacht, d. h. mehrheitlich von Polizisten angeführt werden, befinden sich in ihren Reihen auch viele Zivilisten, die sogenannten „pés inchados“⁶ (deutsch: Schwellfüße), die fast immer einfache und risikoarme Aufgaben wie etwa die Eintreibung von Schutzgeldern oder Schmiere-Stehen ausführen. Gegen diese Personen kann leichter ermittelt werden, da sie mehr Kontakt mit der Bevölkerung haben und weniger stark in den Staatsapparat integriert sind. Andererseits gefährden sie die Organisation weniger, weil sie als verzichtbar gelten.

Die Befragten hoben auch hervor, dass es bisweilen schwierig ist, das Verhalten der Milizionäre als Straftat einzustufen, also einem Tatbestand im Strafgesetzbuch zuzuordnen. Ganz allgemein sind diese Personen wegen Bandenbildung anzuzeigen. Hierbei handelt es sich jedoch um ein „sehr abstraktes Delikt“, das strafrechtlich schwer zuzuordnen ist. Im Hinblick auf dieses Problem hat das brasilianische Abgeordnetenhaus am 5. September 2012 einen Gesetzentwurf für das Strafgesetzbuch verabschiedet, der die Bildung von Milizen und Todesschwadronen als Straftatbestand ausweist. Das Gesetz sieht eine Freiheitsstrafe von vier bis acht Jahren für die „Bildung, Organisation, Mitgliedschaft, Aufrechterhaltung und finanzielle Unterstützung einer paramilitärischen Organisation, Privatmiliz, Gruppe oder Schwadron“ vor, die das Ziel verfolgt, Straftaten zu begehen. Es legt darüber hinaus fest, dass die Strafen für Tötungsdelikte um ein Drittel bzw. die Hälfte angehoben werden, wenn die Straftat von einer „Privatmiliz unter dem Vorwand der Erbringung von Sicherheitsleistungen oder von einer Todesschwadron“ begangen wurde.

Ein erhebliches Ermittlungshindernis resultiert aus der Schwierigkeit, Zeugenaussagen gegen Milizionäre zu erlangen. Zeugen fühlen sich dermaßen eingeschüchtert, dass sich viele von ihnen weigern, belastende Aussagen zu liefern. Tatsächlich werden im Lauf von Ermittlungs- und Strafverfahren immer wieder Morde an Zeugen vermeldet. Es kommt auch vor, dass Zeugen bei der Vernehmung vor Gericht ihre zuvor bei der Polizei gegen Milizangehörige gemachten Aussagen abändern. Einige Personen mussten sogar ins Zeugenschutzprogramm PROVITA aufgenommen werden. Da die Bedingungen für den Verbleib in solchen

⁶ Wie oben beschrieben, nennen die Bewohner/innen der Stadtviertel diesen Typ Milizionär „Strohmann“, „Angestellten“, „Späher“, „Handlanger“ usw. Die Behörden verwenden hingegen den Begriff „Schwellfuß“.

Programmen aber schwer zu erfüllen sind, treten viele Zeugen letztlich wieder aus und sind dann von neuen Gefahren ausgesetzt. Das Ergebnis ist, dass Ermittlungen häufig mit wenigen oder gar keinen Zeugen auskommen müssen oder auf Kronzeugen zurückgreifen müssen. Aus diesem Grund sind abgehörte Telefongespräche die häufigsten Beweismittel.

Die Auswirkungen des staatlichen Vorgehens

Praktisch alle interviewten Personen geben übereinstimmend an, dass die Milizen trotz der beträchtlichen Anstrengungen, sie einzudämmen in den vergangenen Jahren offensiv operieren. Während manche Befragten glauben, dass diese Gruppen momentan sogar noch auf dem Vormarsch sind, gehen andere von einem stabilen Zustand aus. Alle Befragten stimmen darin überein, dass die Milizen durch die Ermittlungen und Festnahmen in mancherlei Hinsicht zwar geschwächt wurden, aber weiterhin operieren. Was die Auswirkungen der Festnahmen und Verurteilungen anbelangt, fällt die Beurteilung der Staatsbediensteten erstaunlicherweise weniger optimistisch aus als die der Bewohner/innen der betroffenen Gebiete, die überwiegend eine Schwächung dieser Gruppen erkennen.

Die Polizeioperationen konzentrierten sich auf mehrere Gebiete, darunter Campo Grande, Santa Cruz, Guaratiba, Jacarepaguá und einige Gemeinden der Region Baixada Fluminense. In Campo Grande und Santa Cruz sind es im Wesentlichen zwei große Gruppen, die die Region kontrollieren, während in Jacarepaguá und den übrigen Gebieten unterschiedliche Milizgruppen operieren. Verhaftet wurden die Anführer der „Liga da Justiça“ aus Campo Grande, namentlich Jerominho und Natalino. Ebenfalls wurden die Milizenführer Girão, Deco und Mirra aus der Region Jacarepaguá festgenommen. Daneben wurde auch gegen andere, kleinere Milizen vorgegangen.

Aufgrund von Ermittlungen wurden Politiker, Militärpolizisten, Kriminalpolizisten, Feuerwehrmänner und weitere Personen verhaftet, die nicht unbedingt öffentliche Ämter innehatten. Viele von ihnen wurden verurteilt. Diese Maßnahmen trugen anfangs zur Zerschlagung von Milizen bei. Nach Aussage der Befragten hatten sie am Anfang eine beachtliche Wirkung, die die Handlungsfähigkeit dieser Gruppen beeinträchtigte, wenngleich sie nur selten zu deren vollständiger Zerschlagung führten. Mit der Zeit passten sich die stärksten Gruppen jedoch der „neuen Wirklichkeit“ an. Etliche Interviewpartner geben an, dass diese Gruppen ihre Machenschaften fortsetzten und sogar noch weiter ausbauen werden, solange sich der Staat nicht auf die Unterbindung ihrer Wirtschaftstätigkeit konzentriert.

Tatsächlich hat sich die Vorgehensweise der Milizen umgeformt. Waren die Milizionäre zuvor in den Vierteln offen in Erscheinung getreten und ihren Aktivitäten unverhohlen nachgegangen, wurde ihr Auftreten nach dem Einsetzen des staatlichen Vorgehens zurückhaltender. Ein Befragter erwähnte, dass die Anführer von ihrer Gruppe nun regelrecht „abgeschirmt“ werden. Übereinstimmend mit den Schilderungen der Bewohner/innen bestätigen die staatlichen Mitarbeiter, dass die Milizangehörigen einer höheren Diskretion willen jetzt weniger töteten. Im Gegenzug sei jedoch die Zahl der verschwundenen Personen angestiegen.

Außerdem kandidierten die Milizenführer kaum mehr für öffentliche Ämter, um nicht ins Visier des Staates zu geraten. Einige Befragten vermuten allerdings, dass die Milizionäre bei den Gemeindewahlen 2012 unbekannte Kandidaten aufstellen könnten, um ihren erkämpften politischen Einfluss nicht ganz zu verlieren.

Nach Ansicht mancher Befragter sei das staatliche Vorgehen bei der Festnahme bestimmter, zum Teil bekannter Personen effektiv gewesen. Fehlgeschlagen sei jedoch der staatliche Versuch, den kriminellen Organisationen Einhalt zu gebieten, da deren Strukturen nach wie vor weiterfunktionieren. Hier gleiche die Situation der des Straßendrogenhandels, wo die Festnahme eines lokalen Anführers in keinem Fall zur Zerschlagung seiner Bande geführt habe. Die Milizen besäßen letztlich die ausgeprägte Fähigkeit, ihre Kräfte neu zu bündeln und sich veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Die Zukunft der Milizen und erforderliche Maßnahmen

Alle befragten Staatsbediensteten sind übereinstimmend der Meinung, dass das staatliche Vorgehen gegen die Milizen fortgeführt oder intensiviert werden muss. Einer von ihnen hält die Milizen nicht für ein vorübergehendes, sondern für ein dauerhaftes Problem, das zwar eingedämmt, aber nicht vollständig behoben werden kann. Eben diese Sichtweise setzt sich heute auch immer mehr in Bezug auf den Drogenhandel durch. Trotz ihrer Schwierigkeiten hat sie bereits zu einem veränderten Nachdenken über politische Lösungsansätze geführt. So behaupten manche, dass die Chancen auf realistische politische Lösungsansätze steigen, je eher der Staat die Existenz der Milizen als unvermeidlich akzeptiert.

Alle Befragten hoben die speziellen Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der Milizen hervor. Besonders erwähnt werden muss hier die beachtliche Fähigkeit der Milizen, sich neuen Ge-

gebenheiten anzupassen und ihre Strategien an äußeren Zwängen auszurichten. Manche Behörden erwähnen sogar, dass Milizen auch in anderen Bundesstaaten Brasiliens entstanden sind, wie in der Presse mitverfolgt werden kann. Dies sei ein Beweis dafür, dass Milizen eine einträgliche Variante des organisierten Verbrechens darstellen und Nachahmungspotential besitzen.

Es besteht kein Konsens darüber, wie die Milizen am besten zu bekämpfen sind; vielmehr gibt es eine Reihe unterschiedlicher Vorschläge, wie gegen sie vorgegangen werden kann. Die Vorschläge können in zwei Bereiche unterteilt werden: Bekämpfung und Prävention.

Zur Bekämpfung der Machenschaften der Milizen schlagen die befragten Behörden folgende Maßnahmen vor: a) ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen der einzelnen Behörden des Strafjustizsystems unter der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Zivilpolizei, Militärpolizei und Justiz in Form einer ständigen „Taskforce“; b) die Verbesserung der internen Kontrolle der Polizei und der Sanktionierungsmechanismen; c) eine stärkere Beteiligung der Bundespolizei an der Bekämpfung der Milizen; d) die Bekämpfung der Korruption im Strafvollzugssystem und die verstärkte Überwachung von Häftlingen, um zu verhindern, dass diese aus dem Gefängnis heraus weiterhin kriminelle Organisationen kommandieren.

Im Bereich der Prävention schlagen die Befragten eine Reihe sehr unterschiedlicher Maßnahmen vor. Ein erster Vorschlag hebt auf die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Stadtviertel ab, die den Hintergrund für die Entstehung krimineller Gruppen bilden, die solche Gebiete kontrollieren. Einige Befragte hoben hervor, dass sich die Milizen überhaupt erst ausbreiten konnten, weil der Staat abwesend war. Ein spezifischer Vorschlag sieht parallel zum Polizeieinsatz in Gebieten unter Milizkontrolle die Herbeiführung eines „sozialen Schocks“ vor. Diese Idee liegt den sogenannten „Einheiten der Befriedungspolizei“ (Unidades de Polícia Pacificadora, UPP)⁷ zugrunde, dem Aushängeschild der heutigen staatlichen Sicherheitspolitik im Bundesstaat Rio de Janeiro. Theoretisch soll mit Hilfe der Befriedungspolizei UPP die polizeiliche Kontrolle über Gebiete, die zuvor in der Hand krimineller

⁷ Das Konzept der Einheiten der Befriedungspolizei sieht in erster Linie die Rückgewinnung von Gebieten unter der Kontrolle illegaler, bewaffneter Gruppen, die Wiederherstellung des legalen Gewaltmonopols seitens des Staates und ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen vor. Außerdem sollen die Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung verbessert und der informelle Charakter des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in diesen Gebieten abgeschwächt werden.

Gruppen waren, wiederhergestellt werden und darauf aufbauend städtische, soziale und wirtschaftliche Investitionen in Gang gebracht werden.

Ein zweiter Komplex präventiver Maßnahmen betrifft die Mitarbeiter/innen des öffentlichen Sicherheitsapparats. So würde beispielsweise die Aufwertung der polizeilichen Arbeit durch eine Anhebung der Gehälter und Verbesserung der Arbeitsbedingungen dazu beitragen, Abweichungen vom offiziellen Verhaltenskodex zu verringern. Der Vorschlag im Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Milizen, die Feuerwehr zu demilitarisieren, würde Feuerwehrmännern die Erlaubnis zum Führen von Feuerwaffen zu entziehen. Es ist offensichtlich, dass Schusswaffen für die Ausübung dieses Berufs nicht notwendig sind; auf dem privaten Sicherheitsmarkt und für die gelegentliche Beteiligung an Milizen sind sie jedoch unverzichtbar.

Drittens heben etliche Befragte hervor, dass der Staat in Bezug auf den von Milizen erpresserisch kontrollierten Verkauf von Produkten und Dienstleistungen unbedingt intervenieren muss. Diese Maßnahmen beziehen sich sowohl auf staatliche Akteure ebenso wie auf private. Konkret handelt es sich um folgende Maßnahmen: a) Die alternativen Beförderungsmittel müssen dahingehend reguliert werden, dass eine Übernahme durch kriminelle Banden verhindert wird; b) Der Gasverkauf bedarf einer effizienteren Regulierung von Seiten der staatlichen Erdölbehörde ANP; c) Die Anbieter von Kabelfernsehen müssen für Stadtviertel mit niedrigem Durchschnittseinkommen preisgünstige Angebote erstellen, um so die Verbreitung von illegal bereitgestelltem Kabelfernsehen zu unterbinden.

Amtliche Angaben zu verschwundenen Personen

Sowohl die Bewohner/innen als auch die befragten Behörden erwähnten eine große Zahl von Fällen, bei denen Personen von Milizen weggebracht und anschließend nie wieder gesehen wurden, so dass angenommen werden muss, dass sie in vielen Fällen ermordet wurden. Außerdem wurde berichtet, dass die Milizen mit der Zeit ihre Vorgehensweise dahingehend geändert hätten, dass sie nicht mehr in aller Öffentlichkeit töteten, sondern die Leichname der Getöteten verschwinden ließen. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass die Milizen insbesondere in den vergangenen Jahren für einen Anstieg der Verschwundenen verantwortlich sind, indem sie ihre Tötungsdelikte auf diese Weise vertuschen. Aus diesem Grund wurden im Rahmen dieser Studie offizielle Daten zu verschwundenen Personen eingeholt, um zu prüfen, ob diese Wahrnehmungen der Befragten belegt werden können.

Eigentlich handelt es sich um eine Sondierung, da die empirische Überprüfbarkeit in mancherlei Hinsicht nur eingeschränkt gegeben ist. Die erste und wichtigste Einschränkung ist, dass die offizielle Zahl freilich nicht alle Verschwundenen umfasst. Für eine amtliche Registrierung eines Verschwindens bei der Kriminalpolizei mittels offizieller Anzeige (R.O.) muss ein Familienangehöriger oder eine dem Opfer nahestehende Person in der Polizeiwache vorsprechen und eine Vermisstenanzeige erstatten.

Dass sowohl kriminelle Gruppierungen, als auch Staatsbedienstete ihre Tötungsdelikte mittels Verschwindenlassens vertuschen könnten, wird in Rio de Janeiro seit einiger Zeit kontrovers diskutiert. Unter den Verschwundenen sind viele junge Menschen, die von zuhause ausreißen, oder alte Menschen, die ihre Wohnungen verlassen und nicht mehr nach Hause zurückfinden (Soares 2009⁸). Deren Profil unterscheidet sich von dem der Tötungsoffer, bei denen es sich mehrheitlich um junge Männer handelt. Das bestätigt zumindest, dass Verschwindenlassen und Tötungsdelikt keineswegs gleichbedeutende Phänomene sind, wengleich die Opfer von Tötungsdelikten natürlich einen Teil der Verschwundenen ausmachen können.

Momentan verfügen wir noch nicht über genügend Informationen, um präzise einschätzen zu können, wie hoch der Anteil der Tötungen an der Zahl der registrierten Verschwundenen ist und in welchem Zahlenverhältnis die registrierten Verschwundenen zu den tatsächlich Verschwundenen stehen. Die empirische Überprüfung anhand der offiziellen Daten besitzt daher nur dann Gültigkeit, sofern die Zahl der registrierten Verschwundenen auch die Tötungsdelikte mit anschließender Beseitigung der Leichname umfasst, insbesondere jene Fälle, die auf das Konto des organisierten Verbrechens gehen. Ein zentrales Problem ist in diesem Zusammenhang, dass ein Angehöriger, der weiß, dass die vermisste Person von bewaffneten Gruppen getötet wurde, obwohl er keine Kenntnis über den Ablageort der Leiche hat, den Vorfall aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen und der geringen Aussicht, die Person lebend wiederzusehen, wahrscheinlich nicht amtlich melden wird.

Angenommen, die Milizen hätten entschieden, die Leichen ihrer Opfer verschwinden zu lassen, anstatt sie einfach auf der Straße liegen zu lassen, wodurch sie in die amtliche Mordstatistik eingehen, dann wäre zu erwarten, dass das Verhältnis zwischen Verschwundenen und Tötungsdelikten dann zunimmt, wenn die Aktivitäten dieser Gruppen zunehmen. Angenom-

⁸ Soares, G. (2009) „Os desaparecidos“, in: Sússekind, E. (Hrsg.) Memória e Justiça. Rio de Janeiro: Jauá Ed.; Museu da República. S. 21-32

men, die Milizen wären in den letzten Jahren zu dieser Vorgehensweise übergegangen, wäre zweitens zu erwarten, dass dieses Verhältnis (zwischen Verschwundenen und Tötungsdelikten) in den Gebieten unter Milizkontrolle stetig zugenommen haben müsste. Hier handelt es vor allem deswegen um eine beachtliche methodische Herausforderung, weil nirgends offiziell registriert wird, wann genau und ob überhaupt Milizen operieren.

Bei dieser Studie wurde folgende Strategie angewandt. Zunächst wurden für den Zeitraum von 2003 bis Juni 2011 bei allen Polizeidienststellen des Gemeindebezirks Rio de Janeiro Daten zu den monatlich registrierten gewaltsamen Todesfällen und verschwundenen Personen eingeholt und eine Datenbank mit den monatlichen Opferzahlen pro Polizeidienststelle erstellt⁹. Zur Berechnung der „gewaltsamen Todesfälle“ wurden alle registrierten Fälle der folgenden Tatbestände bzw. Vorfälle zusammengezählt und ein Indikatorwert gebildet: a) Vorsätzlicher Totschlag; b) Totschlag nach Widerstand gegen die Staatsgewalt, d. h. Tod durch Polizeigewalt; c) Körperverletzung mit Todesfolge; d) Raub mit Todesfolge (Raubmord); e) Leichenfunde; f) Gebeinefunde. Als Indikator für die Häufigkeit tödlicher Gewalt ist dieser Wert aussagekräftiger als der vorsätzliche Totschlag allein, denn er funktioniert unabhängig vom Straftatbestand, den die Polizei im konkreten Fall feststellt, und ist von Veränderungen bei den Klassifizierungskriterien für die einzelnen Straftaten nicht betroffen.

Als zweites wurden die bei „Disque-Denúncia“ und „Disque-Milícia“ eingegangenen Anzeigen gegen Milizen zusammengezählt und als Indikator für den Grad der Milizaktivität für die verschiedenen Orte und Zeitpunkte verwendet. Hier wurden die angezeigten Vorfälle (Anrufe) und nicht die registrierten Straftaten (erfüllten Straftatbestände) zusammengezählt. Anschließend stellte sich das Problem, für die einzelnen Polizeidienststellen die monatliche Gesamtzahl der Anzeigen zu ermitteln, da in der Anzeigendatenbank lediglich der Stadtteil vermerkt war, in dem das Verbrechen passiert war. Aus diesem Grund musste jedem Stadtteil die territorial zuständige Polizeiwache zugeordnet werden. Die Stadtteilgrenzen und Polizeibezirke sind jedoch nicht vollständig deckungsgleich; in manchen Fällen verlaufen die Zuständigkeitsgrenzen mehrerer Polizeidienststellen quer durch einen Stadtteil. In diesen Fällen wurden die Anzeigen aus dem Stadtteil proportional auf die zuständigen Polizeiwachen verteilt, und zwar entsprechend ihres flächenmäßigen Anteils am Stadtteil.

⁹ Die geographischen Grenzen mancher Polizeibezirke wurden zwischenzeitlich neu gezogen, so dass manche Gebiete nun in der Zuständigkeit eines anderen Polizeibezirks liegen. Um die Vollständigkeit der Reihe zu wahren, wurden in diesen Fällen beide Polizeibezirke, die von diesen gebietsmäßigen Veränderungen betroffen waren, in die Studie aufgenommen. Daher werden die Zuständigkeitsgebiete der 42. und 16. Polizeiwache als ein Polizeibezirk behandelt. Gleiches gilt für die 43. und 35. Polizeiwache.

Schließlich wurden die Daten zu den Anzeigen nach Monat und Polizeiwache geordnet und der Verbrechensdatenbank hinzugefügt, was es ermöglichte, die Entwicklung der drei Hauptvariablen im Zeitverlauf zu untersuchen: die Zahl der Verschwundenen, gewaltsame Todesfälle und Anzeigen gegen Milizen. Die beiden letztgenannten sind, wie gesagt, ein Indikator für die Milizaktivität.

Die Zahl der gewaltsamen Todesfälle in Rio ist insbesondere seit 2007 stark rückläufig. Die Zahl der registrierten Verschwundenen steigt seit 2006 hingegen leicht an. Aus diesen beiden Trends folgt, dass sich das Verhältnis von Verschwundenen und gewaltsamen Todesfällen in den letzten Jahren merklich zugunsten der Verschwundenen verschoben hat. Wie an entsprechender Stelle bereits dargelegt, nehmen die Anzeigen gegen Milizen in den Jahren 2007 und 2008 exponentiell zu und fallen anschließend wieder ab.

Das Verhältnis verschiebt sich von ungefähr 1:2 zu Beginn des Untersuchungszeitraums (auf zwei Morde kommt also ein registrierter Verschwundener) auf über 1:1 am Schluss, d. h. auf einen Mord kommt mehr als ein Verschwundener. Dieser Befund ist mit der Hypothese vereinbar, wonach die Zahl der Verschwundenen in den Jahren, in denen die Milizen operieren, also insbesondere in den letzten drei Jahren, höher ist. Der Trend zu einem Rückgang der Morde und Anstieg der Zahl der Verschwundenen scheint jedoch schon vor der Ankunft der Milizen und vor allem bereits vor der drastischen Zunahme der Anzeigen gegen solche Gruppen einzusetzen, was die Schlussfolgerung entkräftet, dass es zwischen diesen Phänomenen eine Verbindung gibt.

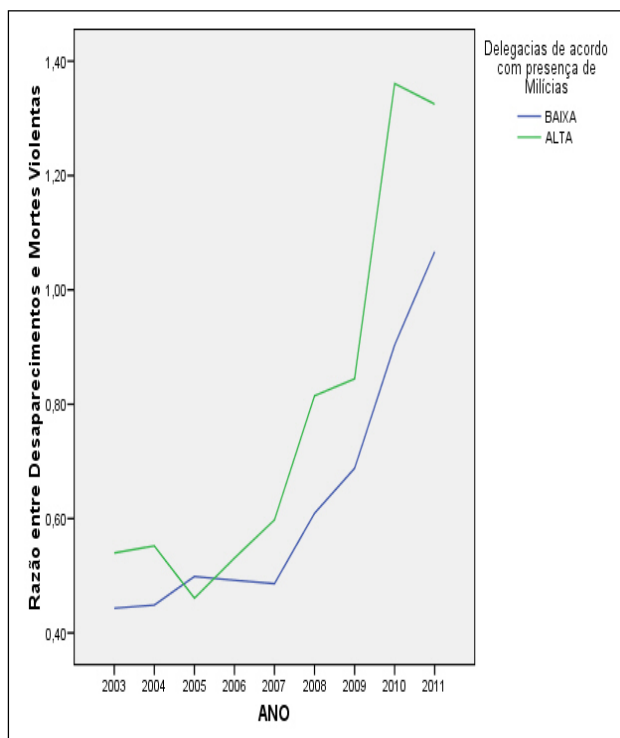
In einem zweiten Schritt wurde die Analyse mit Hilfe eines Vergleichs zwischen den Polizeiwachen, bei denen die Milizaktivität am höchsten war, und den übrigen Polizeiwachen ergänzt. Falls die relative Zunahme der Verschwundenen auf Morde der Milizen zurückzuführen ist, müsste diese Zunahme in Polizeibezirken mit besonders hoher Milizpräsenz, speziell in Phasen, in denen diese Gruppen sehr aktiv sind, deutlich stärker ausfallen als in den übrigen Polizeibezirken.

Um Gebiete mit hohem und geringem Milizaufkommen vergleichen zu können, wurden zwei Gruppen gebildet: Die eine Gruppe umfasste die Polizeibezirke mit über 1000 Anzeigen gegen Milizen während des Untersuchungszeitraums, die andere Gruppe die Polizeibezirke mit weniger Anzeigen. Die Polizeibezirke mit hoher Milizpräsenz liegen hauptsächlich im Westteil der Stadt. Es handelt sich um den 28., 31., 32., 36., 35. und 43. Polizeibezirk. Um das

Verhältnis zwischen beiden zu berechnen, wurden für beide Gruppen alle bei den jeweiligen Polizeiwachen registrierten gewaltsamen Todesfälle und Fälle von Verschwinden zusammenzählt. Nach Bildung der Summen der amtlich registrierten Fälle wurde für beide Gebiete das Verhältnis zwischen Verschwundenen und Todesfällen berechnet.

Der Hypothese zufolge ist die Zahl der Verschwundenen in Gebieten unter Milizkontrolle insbesondere in den vergangenen Jahren höher als anderswo. De facto ist dieser Unterschied jedoch nicht sehr groß. Denn auch in Gebieten ohne Milizen nimmt die Zahl der Verschwundenen im Verhältnis zu den gewaltsamen Todesfällen stetig zu, wenngleich auch weniger stark. Die bisher untersuchten Fakten stützen die obige These daher nur zu einem gewissen Grad.

Graphik 3: Verhältnis zwischen Verschwundenen und gewaltsamen Todesfällen nach Jahr und Milizaktivität in der Region. Gemeindebezirk Rio de Janeiro



Quelle: ISP-RJ. Eigene Darstellung

In einem dritten Schritt wurde ein statistisches Modell angestrebt, mit dem die Zahl der monatlich pro Polizeibezirk verschwundenen Personen in Abhängigkeit der Zahl der gewaltsamen Todesfälle und Anzeigen gegen die Milizen in dieser Region erklärt werden könnte.

So benutzt das generalisierte lineare Modell, das nach dem Verfahren der Wahrscheinlichkeitsrechnung geschätzt wird, als abhängige Variable die Zahl der Verschwundenen pro Polizeibezirk und als unabhängige Variablen die Anzahl der gewaltsamen Todesfälle und die Anzahl der Anzeigen gegen Milizen, die ein Indikator für die Präsenz dieser Milizen-Gruppen ist. Zunächst könnte es ja als richtiger erscheinen, lieber ein direktes Verhältnis zwischen Verschwundenen und Toten den beobachteten Indikator zu verwenden. Da es jedoch in verschiedenen Polizeibezirken mehrere Monate ohne gewalttätige Todesfälle gibt, kann der Indikator mit einem Nenner 0 für diese Monate nicht berechnet werden, was einem Verlust von nahezu 11% der Fälle gleichkäme, ein Verlust, den man schwerlich für zufällig halten könnte. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, die Anzahl von Verschwundenen pro Monat und Polizeibezirk zu bilden. Da die Größe der Bevölkerung und die darauf entfallenden Totschlagsdelikte zwischen den Polizeibezirken nicht konstant sind, haben wir den Polizeibezirk als unabhängige kategorische Variable in das Modell eingeführt. In der Praxis bedeutet dies, dass das Modell den Unterschied der auf die verschiedenen Polizeibezirke entfallenden Ereignisse betrachtet und konkret abschätzt, ob die Änderung bei den Verschwundenen mit der Änderung der Anzeigen gegen Milizen in Korrelation steht, sofern man die Anzahl der gewaltsamen Todesfälle kennt. Mit anderen Worten, wenn die Milizen für den relativen Anstieg der Verschwundenenzahlen verantwortlich sind, erwartet man, dass die Variable „Anzahl der Anzeigen gegen Milizen“, die die Aktivität dieser Gruppen misst, eine positive Assoziation zur Anzahl der Verschwundenen aufzeigt, sofern der Einfluss der Veränderung auf die gewaltsamen Todesfälle ausgeschaltet ist.

Der betrachtete Zeitraum umfasst die ganze Reihe von Jahren von Januar 2003 bis Juni 2011. Obwohl es bis 2006 keine Anzeigen gegen Milizen gibt, sollen die ersten Jahre gerade dazu dienen, einen Vergleichsparameter zu einer Situation ohne große Präsenz von Milizen als Grundlinie zu erstellen.

Das statistische Modell zeigt, dass der Koeffizient der Variablen „Anzeigen gegen Milizen“ positiv und beachtlich ist. ($B=0,018$; Standardfehler $=0,0036$; $X^2=24,449$; Freiheitsgrade $=1$; $p<0,001$). Das kann dahingehend gedeutet werden, dass eine positive Assoziation zwischen den Anzeigen gegen Milizen und der Zahl der pro Monat Verschwundenen existiert, wenn man die Anzahl der Toten bestimmen kann. Mit anderen Worten, in den Zeiten und an den Orten, an denen eine vermehrte Präsenz von Milizen zu verzeichnen ist, mehrt sich die Zahl der Verschwundenen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Toten. Der Koeffizientbetrag gibt an, dass auf je 55 Anzeigen gegen Milizen mehr im Monat in dem Polizeibezirk ein Verschwundener mehr zu verzeichnen ist, während die Anzahl der Toten konstant bleibt. Andererseits

fällt auf, dass der Koeffizient der gewalttätig Ermordeten negativ und erheblich ist ($B = -0,037$; Standardfehler $= 0,0095$; $X^2 = 15,258$; Freiheitsgrade $= 1$; $p < 0,001$), sodass in den Monaten und Gebieten, in denen die Zahl der Toten abnimmt, die Zahl der Verschwundenen tendenziell zunimmt und umgekehrt. Dieses Ergebnis könnte womöglich dahingehend interpretiert werden, dass sich in der Menge der Verschwundenen eine Anzahl Ermordeter verbirgt.

Trotz der begrenzten Zuverlässigkeit der verfügbaren Daten stützen die Graphiken und das statistische Modell insgesamt zu einem gewissen Grad die These, dass die Milizen durch die Vertuschung von Tötungsdelikten einen Anstieg der Zahl Verschwundener herbeiführen.

Schlussfolgerungen

Zwischen 2008 und 2011 haben die Milizen in Rio de Janeiro tiefgreifende Veränderungen durchlaufen, deren Ursachen einerseits in der zunehmenden gesellschaftlichen Ablehnung der Milizen, andererseits in den Festnahmen und Verurteilungen von Milizionären durch das Strafjustizsystem liegen. Einen Wendepunkt markierte die brutale Misshandlung von Journalisten durch Milizangehörige des Viertels Batan im Mai 2008, die eine scharfe Verurteilung der Milizen durch die Presse und die weitere Gesellschaft zur Folge hatte. Im Anschluss daran setzte die gesetzgebende Versammlung des Bundesstaats Rio de Janeiro einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema ein, der die Öffentlichkeit auf die Schwere des Problems aufmerksam machte und in dessen Folge mehrere hundert Personen angeklagt wurden, denen man die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen anlastete.

Die Anführer der bekanntesten Milizen, wie etwa der „Liga da Justiça“ in Campo Grande, wurden vor Gericht gestellt und verloren ihre politischen Ämter, wodurch deren bis dato erreichte politische Unterwanderung massiv eingedämmt wurde. Zu diesem Zweck ergriff das Strafjustizsystem in verschiedenen Bereichen umfassende Maßnahmen. Bereits 2007 erhielt die DRACO vom Sekretariat für Öffentliche Sicherheit die Anweisung, sich vorrangig Ermittlungen gegen die Milizen zu widmen. Als schlanke und spezialisierte Arbeitsgruppe erzielte sie daraufhin beachtliche Ergebnisse. Die Staatsanwaltschaft schuf das *Sonderdezernat zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (GAECO/RJ)*, das der Ermittlung gegen Milizen besonderes Augenmerk schenkte. Mit Hilfe eines solchen Sonderdezernats wurde verhindert, dass einzelne Staatsanwälte, insbesondere in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen beherrscht wurden, übermäßig exponiert wurden. Zum Schutz von Richtern und Zeugen in Strafprozessen gegen Milizmitglieder wurden etliche Strafabteilungen des Westteils

der Stadt in den Justizpalast im Stadtzentrum verlegt. Verhaftete Milizenführer wurden in Hochsicherheitsgefängnissen des Bundes untergebracht, um die Verbindung zu deren Organisationen zu kappen und symbolisch die Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, mit der der Staat das Problem anging.

Als die vorangehende Studie 2008 durchgeführt wurde, bestand der Verdacht, die Expansion der Milizen in den Jahren 2006 und 2007 könne im Zusammenhang mit einem politischen Projekt gestanden haben, an dem hochrangige Mitarbeiter/innen des damaligen Staatssekretariats für Sicherheit beteiligt waren, die Kandidaten für politische Ämter wurden. Heute sind die dahingehenden Hinweise noch stichhaltiger. Bei Befragungen für die vorliegende Studie schilderten ehemalige Vorsitzende von Nachbarschaftsvereinen und Beamte eine Beziehung zwischen führenden Mitarbeiter/innen der öffentlichen Sicherheitsorgane und Milizangehörigen, die man geringsten falls als unverhohlene Duldung bezeichnen muss. Heute ist dieses politische Projekt allem Anschein nach nicht mehr intakt. Viele vermeintliche Milizmitglieder wurden nicht mehr wiedergewählt und diejenigen, die sich in der Politik halten konnten, meiden das Thema Milizen in der öffentlichen Debatte um jeden Preis, da es zum politischen Ballast geworden sind. Es gab jedoch die Befürchtung, die Milizen könnten unbekannte Mitglieder ihrer Organisationen als Kandidaten aufstellen.

In gewisser Weise sind die Milizen ihrem eigenen Ehrgeiz und Risikobereitschaft zu Opfer gefallen: Je auffälliger sie operierten, umso angreifbarer waren sie, als der Staat schließlich begann, gegen sie vorzugehen. Dabei ging der Staat gerade gegen die mächtigsten Milizen und Gruppen, an deren Spitze Personen mit politischen Ämtern standen, am massivsten vor. Auf der anderen Seite gibt es kleinere Milizen, die nicht unter der Bezeichnung „Miliz“ und ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen, jahrelang unauffällig kleine Stadtviertel im Westteil Rios beherrschten. Eine Miliz, die aus nur einer Person oder einer kleinen Personengruppe besteht, hat also größere Chancen, weiteragieren zu können, ohne Anpassungen vornehmen zu müssen.

Wie zu erwarten war, haben die grundlegend neuen äußeren Rahmenbedingungen die Milizen während dieses Zeitraums zu Änderungen ihrer Vorgehensweise veranlasst. Erstens ist festzustellen, dass das staatliche Vorgehen die Milizen nicht zerschlagen, sondern nur geschwächt hat. Die Zahl der über anonyme Hotlines wie Disque-Denúncia erstatteten Anzeigen erreichte zwischen Mitte 2008 und 2009 ihren Spitzenwert. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die Anzeigen zwar ab, bleiben dann jedoch stabil. Dies deutet darauf hin, dass die Milizen in

weiten Gebieten der Westzone wie gewohnt und in der Nordzone des Stadtbezirks Rio de Janeiro und der Region Baixada Fluminense in eingeschränkter Weise weiteroperieren.

Zweitens hat der gesellschaftliche und rechtliche Druck zwar nicht zur Zerschlagung der Milizen, jedoch sicherlich zu Veränderungen in deren Vorgehensweise geführt. Bevor zur Beschreibung der gegenwärtigen Funktionsweise dieser Gruppen übergegangen wird, ist darauf hinzuweisen, dass die Milizen weder heute, noch 2008 nach einem einheitlichen Muster funktionierten. Der Begriff bezeichnet vielmehr unterschiedliche Konstellationen, die grundlegende Merkmale gemein haben, sich aber in ihrer konkreten Gestalt in vielen Punkten unterscheiden.

Die Studie von 2008 definierte das Phänomen Milizen mithilfe von fünf gleichzeitig auftretenden Kriterien: Kontrolle begrenzter Territorien durch irreguläre bewaffnete Gruppen; Erpressung der Einwohner/innen und Händler/innen; individuelles Gewinnstreben; Anführen von Rechtfertigungsgründen; öffentliche und aktive Beteiligung von Staatsbediensteten an Kommandostellen.

Die ersten drei Merkmale halten sich unverändert. Die erpresserische Kontrolle der Bevölkerung wird weiterhin zur Eintreibung von Schutzgeldern und Durchsetzung von aufgezwungenen Monopolen über verschiedene Güter und Dienstleistungen ausgeübt. Die Zahl der unter Milizkontrolle stehenden Dienstleistungen scheint mit der Zeit abgenommen zu haben. Dies ist teils auf die Schwächung der Milizen, teils auf technologische Neuerungen zurückzuführen (neu verlegte Gasleitungen, neue Anbieter von Kabelfernsehen usw.). Daneben haben die Milizen neue Bereiche erschlossen, die sie zu kontrollieren suchen. Einige Milizen sind bereits in den Geldverleih und andere Geschäftsfelder eingestiegen. Die alternativen Beförderungsmittel, deren Kontrolle entscheidend für den Aufstieg dieser Organisationen war, werden vielerorts weiterhin von ihnen dominiert.

Die einschneidendste Veränderung beim Vorgehen der Milizen ist die zunehmende Zurückhaltung und Geheimhaltung ihrer Aktivitäten, die im Kontrast zum auffälligen Auftreten der Vorjahre stehen und das Ziel verfolgen, staatliche Ermittlungen und Festnahmen ihrer Mitglieder zu erschweren. „Auf leisen Sohlen“ ist der Ausdruck, den die meisten Befragten benutzten, um diesen neuen Stil zu benennen. Diese größere Zurückhaltung zügelte die wirtschaftliche Gier, die diese Gruppen 2007 an den Tag gelegt hatten, und hat sehr wahrscheinlich ihre Fähigkeit zur Gewinnschöpfung beeinträchtigt.

Die Milizen besitzen zwar weiterhin die Macht, das Verhalten der Bewohner/innen zu reglementieren, jedoch in geringerem Umfang als früher. Aus diesem Grund werfen manche Bewohner/innen diesen Gruppen vor, zu „Schwächlingen“ geworden zu sein und geringfügige Verbrechen nicht mehr immer verhindern zu können, was für die Bevölkerung eine der Hauptfunktionen der Milizen war. In einigen Fällen führt die neuerliche Zurückhaltung der Milizen in Verbindung mit dem staatlichen Druck sogar soweit, dass sich die Bewohner/innen nicht sicher sind, ob die Miliz in ihrem Viertel überhaupt noch operiert oder nicht.

Der gegenwärtige low-profile Modus der Milizen verringert paradoxerweise keineswegs die Angst vor den Milizen, sondern hat die Bewohner/innen der betroffenen Stadtviertel sogar noch weiter eingeschüchtert. Interviewbereite Personen zu finden war sogar noch schwieriger als 2007 und die Aussagen der befragten Bewohner/innen sind von Angst regelrecht durchdrungen. Ohne direkt danach gefragt zu sein, bestreiten viele von ihnen, die Milizen zu fürchten, gerade so, als ob sie ihre Angst dadurch bezwingen könnten. Andere beschreiben minutiös ihre tägliche Routine aus „Arbeit, Heimweg und Feierabend“, die es ihnen unmöglich mache, genau zu wissen, was auf den Straßen ihres Viertels passiert.

Tödliche Gewalt ist auf erschreckende Weise an der Tagesordnung. Sämtliche Bewohner/innen berichten über Ermordungen von Kleinkriminellen und Personen, die den „Macht-habern“ auf irgendeine Weise missfielen – in bester Tradition der Todesschwadronen. Vielen Personen, die in diesem brutalen sozialen Kontrollsystem sozialisiert wurden, erscheint die Beseitigung von Kleinkriminellen und Drogendealern nicht nur als etwas Normales; sie fordern dies vom Milizionär sogar ein. In vielen Berichten wird die Unsicherheit und Furcht unterstrichen, die vom Machtvakuum ausgeht, das durch die Beseitigung der Milizen nach den Festnahmen ihrer Anführer entsteht.

Laut einiger Informanten morden die Milizen nun weniger. Insgesamt gehen sie aber bei den Tötungen jetzt unauffälliger vor, indem sie Personen nun verschwinden lassen. Trotz ihrer eingeschränkten Verwendbarkeit scheinen die offiziellen Angaben zu den Verschwundenen den Trend zu einem Anstieg der Verschwundenen an Orten und Zeiten mit hoher Milizpräsenz zu bestätigen.

War 2008 noch davon auszugehen, dass sich die Milizen aufgrund fehlender Kommunikationskanäle untereinander gegenseitig Territorien und Beute gewaltsam streitig machen würden, so sind solche Vorhersagen nicht eingetroffen. In den letzten Jahren kam es zu vielen Tötungen von Milizionären durch Milizionäre. Vereinzelt ereigneten sich diese Tötungen bei

Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Milizen, im Großen und Ganzen resultierten sie jedoch aus Konflikten innerhalb derselben Miliz. Bei Drogendelikten kommt es häufig erst gar nicht soweit, dass Milizionäre strafrechtlich belangt werden. Denn bevor ein Gerichtsurteil gesprochen werden kann, wurden sie von ihren Kollegen bereits umgebracht.

Von allen fünf oben genannten Merkmalen haben die Rechtfertigungsgründe die größte Veränderung erfahren. Ihrer politischen Unterstützung beraubt und mit starkem Gegenwind aus den Medien konfrontiert, ließen die Milizen schließlich davon ab, in der öffentlichen Debatte Rechtfertigungsgründe für sich anzuführen. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Gruppen aufgehört hätten, in den von ihnen kontrollierten Stadtvierteln ein gewisses Maß an Legitimation zu suchen und auch zu erreichen. Während einige Bewohner/innen die auferlegten Abgaben und das Klima des Schreckens ablehnen, verteidigen andere die Ordnung, die diese Gruppen vorgeben. Viele schweigen und befürworten die Milizen allein aus Mangel an einer besseren Alternative.

Das fünfte Merkmal, also die offene Beteiligung von Staatsbediensteten an den Milizen, hat ebenfalls Änderungen erfahren. Polizisten und andere Staatsbeamte haben zwar weiterhin Kommandostellen inne, geben sich nach außen aber nicht mehr als solche zu erkennen. Trotz ihres neuen und diskreteren Auftretens kommt ihrer Zugehörigkeit zu den öffentlichen Sicherheitsorganen für ein Verständnis der Milizen eine Schlüsselrolle zu. Da es sich bei den Milizen um Polizisten handelt, haben weder die Militärpolizei, noch die Milizen großes Interesse daran, sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen mit ihnen einzulassen. Das staatliche Vorgehen gegen die Milizen besteht weiterhin in polizeilichen Untersuchungen, verdeckten Ermittlungen sowie Festnahmen und unterscheidet sich damit ganz erheblich vom bewaffneten Kampf um die territoriale Kontrolle, der traditionell das Kernstück der staatlichen Bekämpfung des Drogenhandels gewesen ist.

In jedem Fall greifen die Milizen bei ihren normalen Tätigkeiten nun deutlich mehr auf Zivilisten zurück, die vor Ort rekrutiert werden, niedere Ränge bekleiden und nach Angabe vieler Bewohner/innen keine Milizionäre im engeren Sinne sind. Sie verrichten Überwachungsaufgaben, treiben Abgaben ein und rufen höherrangige Mitglieder, wenn die Situation dies erfordert. Dies dient einerseits dem Schutz von Polizisten in Kommandostellen der Organisation und erschwert andererseits polizeiliche Ermittlungen. Außerdem sparen die Milizen dadurch Betriebskosten ein. Diese Entwicklung geht mit einem strukturellen Wandel der territorialen Kontrolle einher, die nun weniger auf einem demonstrativen Auftreten und Zugangskontrollen

beruht, sondern auf ein reaktives Eingreifen hin ausgerichtet ist: Die Milizen treten nur dann in Erscheinung, wenn sie von den Bewohner/innen gerufen werden.

Es ist interessant zu beobachten, dass die Milizen die Territorialkontrolle der Drogenhändler, die ganz auf ein demonstratives Auftreten setzte, vielleicht gerade hinter sich lassen und zur Sozialkontrolle der Todesschwadronen übergehen, die keine Zugangskontrollen errichten und auf diskrete, wenngleich äußerst gewaltsame Weise vorgehen.

Die Strategie, erst auf Anfrage aktiv zu werden, ähnelt der privater Sicherheitsfirmen in verschiedenen Ländern, die keine Mitarbeiter/innen für Patrouillen im öffentlichen Raum bereitstellen, aber schnelle Hilfe leisten, wenn sie gerufen werden. Gleichzeitig geht mit dem Verzicht auf Zugangskontrollen zum Viertel der Verlust des erzwungenen Monopols über bestimmte Produkte einher, da es auf dem Verbot basierte, diese Produkte von außerhalb ins Viertel einzuführen.

Mit dem Verzicht der Milizen, öffentlich um Legitimität für sich zu werben, und dem diskreteren Auftreten von Staatsdienern in leitenden Milizfunktionen sind zwei Merkmale der Milizen verschwunden, durch die sie sich von anderen Spielarten des organisierten Verbrechens, wie etwa dem Drogenhandel und den Todesschwadronen, unterscheiden.

Geht man nach den Äußerungen von Mitarbeiter/innen des Strafjustizsystems und Bewohner/innen oder nach den Pressemeldungen, so scheint es, als würde der Begriff „Miliz“ immer mehr mit der Aufbüdung von Zwangsabgaben gegen Bewohner/innen oder Händler/innen und Zwangsmonopolen über bestimmte Produkte und Dienstleistungen in Zusammenhang gebracht. Bei der Verwendung des Begriffes in anderen Bundesstaaten Brasiliens werden Zwangsabgaben und die Durchführung von Dienstleistungen auch als Indizien dafür betrachtet, dass das organisierte Verbrechen dem Beispiel der Milizen folgt.

Der Begriff „Miliz“ kann für den Bundesstaat Rio de Janeiro zum gegenwärtigen Zeitpunkt somit anhand von fünf gleichzeitig auftretenden Merkmalen definiert werden:

a) Kontrolle begrenzter Territorien und der darin lebenden Bevölkerungen durch irreguläre, bewaffnete Gruppen, die faktisch oder potenziell Gewalt anwenden;

b) Erpressung der Bewohner/innen und ansässigen Händler/innen. Wenngleich stets ein gewisser Grad an Legitimation und Akzeptanz seitens Bewohner/innen vorliegt: Wäre die Einschüchterung nicht, müsste man von einem privaten Sicherheitsdienst sprechen.

c) Individuelles Gewinnstreben der Mitglieder dieser Gruppen. Mit dem Wegfall der bis dato angeführten Rechtsfertigungsgründe tritt das Ziel der Milizen nun umso deutlicher zutage. In manchen Fällen schließt dies den Versuch nicht aus, parallel hierzu moralisch motivierte Projekte umzusetzen (Kampf gegen den Drogenkonsum usw.), nicht aus. Diese Beweggründe sind dem Gewinnstreben jedoch stets nachgeordnet.

d) Führende Positionen werden mit Mitarbeiter/innen der öffentlichen Sicherheitsorgane des Bundesstaats besetzt, die als Privatpersonen agieren;

e) Aufbüdung von Zwangsabgaben gegenüber Bewohner/innen oder Händler/innen für eine vermeintliche Sicherheit und/oder Schaffung von Zwangsmonopolen auf bestimmte Produkte und Dienstleistungen, die im Stadtviertel konsumiert bzw. in Anspruch genommen werden. Wie bei Punkt b) ist auch hier Erpressung erforderlich. Andernfalls hätten wir es mit privaten Sicherheitsfirmen oder einfachen Wirtschaftsmonopolen zu tun.

In Analogie zur Biologie wurden die Milizen 2008 mit einem Krebs oder einer Autoimmunerkrankung verglichen, weil die Zellen, die den Sozialkörper eigentlich schützen sollten, damit begannen, ihn zu bedrohen. Gegenwärtig gleichen die Milizen – um bei einem Bild aus der Biologie zu bleiben – einem Virus, der ständig neue Mutationen hervorbringt, um sich den veränderten Bedingungen anzupassen, und sich auf diese Weise den Impfstoffen und Medikamenten entzieht, die zu seiner Bekämpfung entwickelt werden.

Weit über das spezifische Milizproblem hinausgehend gilt es über Wege und Mittel nachzudenken, wie die autoritäre und rechtswidrige Kontrolle über die Bevölkerung beseitigt werden kann, die seit Jahrhunderten unter den verschiedensten Bezeichnungen in Rio de Janeiros Stadtvierteln mit niedrigem Durchschnittseinkommen fortbesteht, und den Milizen als Fundament für ihre Herrschaft dient. Wenn dieses gewaltsame Regiment einmal durch eine legale und demokratische Herrschaft ersetzt wird, wird sich das organisierte Verbrechen neue Schlupfwinkel suchen müssen.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin, D

Übersetzung: Martin Schorr, Barbara Böer Alves (S.42 ff)

Redaktion: Daniel Backhouse, Lateinamerika

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: 30. September 2013

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz. (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- **Namensnennung** – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung** - Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Keine Bearbeitung** - Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers: internetredaktion@boell.de
ausführlicher Lizenzvertrag unter: <http://creativecommons.org>